

Arbeit und Recht

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht



Aufsätze

Seite **292**

■ Olaf Deinert

Die Weiterbeschäftigung Auszubildender im unvollständigen System des betriebsverfassungsrechtlichen Mandatsträgerschutzes

■ Katja Nebe/Carolin Marie Schneider

Die mutterschutzrechtliche Gefährdungsbeurteilung

■ Andreas Engelmann

Urlaubsanspruch in der Kurzarbeit – Einordnung der jüngeren Rechtsprechung zur Berechnung des Urlaubsanspruchs



arbeitundrecht.eu

Arbeit und Rechtsgeschichte

Seite **G13**

■ Alexander Stöhr

Historische Entwicklung der Laienrichterbeteiligung in der Arbeitsgerichtsbarkeit

Rechtsprechung

Seite **324**

■ **EGMR:** Unzureichende gerichtliche Überprüfung der Kündigung eines Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst aufgrund gesetzlichen Notstandsdekrets (*Lörcher*)

■ **BAG:** Arbeitnehmerstatus eines Crowdworkers (*Warter/Gruber-Risak*)

■ **BAG:** Zinsen bei Schätzung des Vorfälligkeitsvorteils

■ **LAG Niedersachsen:** Darlegungslast im Überstundenprozess

■ **ArbG Lingen:** Betriebsratswahl, Bestellung Wahlvorstand, Corona-Pandemie

■ **EuGH:** Sozialversicherung bei grenzüberschreitender Leiharbeit

Aufsätze

Olaf Deinert , Die Weiterbeschäftigung Auszubildender im unvollständigen System des betriebsverfassungsrechtlichen Mandatsträgerschutzes	292
› Normstruktur	292
› Voraussetzungen	293
› Rechtsfolge	297
Katja Nebe/Carolin Marie Schneider , Die mutterschutzrechtliche Gefährdungsbeurteilung	301
› Reform 2018: Transparente Verankerung des betrieblichen Mutterschutzes im MuSchG	302
› Kontroverse um die Pflicht zur anlassbezogenen Gefährdungsbeurteilung	303
› Unionsrechtskonforme Auslegung von § 10 MuSchG	305
Andreas Engelmann , Urlaubsanspruch in der Kurzarbeit – Einordnung der jüngeren Rechtsprechung zur Berechnung des Urlaubsanspruchs	306
› Kurzarbeit und Urlaubsanspruch – Einleitung und Problemstellung	306
› Neuere Entscheidungen des 9. Senats – Ist der Urlaubsanspruch nicht mehr unabhängig von der Gegenleistung?	307
› Fazit: Der Urlaubsanspruch besteht bei konjunkturbedingter Kurzarbeit »null« fort	310

Arbeit und Rechtspolitik

Entwurf eines Gesetzes über Differenzierungsklauseln in Tarifverträgen	310
Bericht aus Berlin	315
Aktuelles aus Brüssel und Straßburg	317

Arbeit und Rechtsgeschichte

Alexander Stöhr , Historische Entwicklung der Laienrichterbeteiligung in der Arbeitsgerichtsbarkeit	G13
--	------------

Arbeit und Sozialrecht

Nakielski/Winkel , Nach heftigem Streit mit Vorgesetztem: Herzstillstand am Arbeitsplatz kann als Arbeitsunfall gelten	319
---	------------

Arbeit und Steuerrecht

Balmes , Steuerrechtliches Rezept gegen Bewegungsmangel	321
--	------------

Personalien | Info | Termine | Gelesen

Rechtsprechung

Entscheidungen mit Anmerkung

EGMR	Nr. 33399/18	Unzureichende gerichtliche Überprüfung der Kündigung eines Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst aufgrund gesetzlichen Notstandsdekrets (<i>Lörcher</i>)	324
BAG	9 AZR 102/20	Arbeitnehmerstatus eines Crowdworkers (<i>Warter/Gruber-Risak</i>)	329

Kurzmitteilungen und Pressemitteilungen

BAG	3 AZR 317/20	Zinsen bei Schätzung des Vorfälligkeitsvorteils	334
-----	--------------	---	------------

Leitsätze der Redaktion

Individuelles Arbeitsrecht

Bestehendes Arbeitsverhältnisses

EuGH	C-580/19	Arbeitszeit, Rufbereitschaft, Feuerwehr	335
BAG	8 AZR 58/20	Ausschlussklausel	
BAG	7 AZR 193/20	Befristung, Hochschule, Anrechnung auf die Höchstdauer, angemessene Befristungsdauer	
LAG Niedersachsen	5 Sa 1292/20	Darlegungslast im Überstundenprozess	
LAG Düsseldorf	12 TaBV 38/20	Eingruppierung einer Alltagsbegleiterin	
EuGH	C-624/19	Gleichbehandlung, gleichwertige Arbeit, horizontale Drittwirkung	
VG Koblenz	3 K 107/21.KO	Kein Entschädigungsanspruch für Arbeitgeberin bei Quarantäneanordnung	
BAG	5 AZR 143/19 (A)	Leiharbeit, »equal pay«, Abweichung durch Tarifvertrag	
BAG	6 AZR 702/19	Stufenzuordnung, Tabellenwechsel	336
ArbG Aachen	6 Ca 3433/20	Vergütung von Mandatsträgern im kirchlichen Arbeitsverhältnis	

Beendigung des Arbeitsverhältnisses

LAG Düsseldorf	9 Ta 57/21	Einsatz einer Abfindung, Schonvermögen, Freibetrag	
LAG Köln	8 Sa 798/20	Fristlose Kündigung wegen Küssens gegen den Willen einer Kollegin	
VG Berlin	VG 5 L 88/21	Holocaust im Gruppenchat verharmlost: Polizeianwärter muss gehen	
LAG Düsseldorf	5 Sa 483/20	Kündigung, außerordentlich, Entwendung von Desinfektionsmittel	



LAG Berlin-Brbg.	8 Sa 1655/20	Kündigung eines Lehrers mit rechtsextremen Tätowierungen wirksam	
ArbG Berlin	55 BV 2053/21	Kündigungsgrund bei Bezeichnung der Vorgesetzten als »Ming Vase«	
BAG	5 AZR 314/20	Vergütung, Anrechnung anderweitigen Verdienstes	
Betriebliche Altersversorgung			
BAG	3 AZR 24/20	Berücksichtigung von Teilzeitarbeit, Diskriminierung wegen Teilzeitarbeit	
LAG Köln	5 Sa 242/20	Lebensversicherung	
BAG	3 AZR 99/20	Ruhegeldordnung, AGB, Unklarheitenregelung	
Kollektives Arbeitsrecht			
BAG	7 AZR 52/20	Betriebsratsmitglied, Vergütung, Benachteiligung	
ArbG Lingen	1 BV 1/21	Betriebsratswahl, Bestellung Wahlvorstand, Corona-Pandemie	
LAG Düsseldorf	11 Sa 490/20	Bevollmächtigung des Betriebsratsvorsitzenden, Rechtsscheinhaftung	
BAG	4 ABR 19/20	Mitbestimmung bei Umgruppierung, Zustimmungsersetzung, Berufspraxis	
BAG	1 ABR 12/20	Leistungsbestimmung, billiges Ermessen, Durchführungsanspruch	
BAG	10 AZR 384/18	Soka Bau, Beitragspflicht, Eisenschutzarbeiten an Schiffen, Oberflächenarbeiten	338
BAG	4 AZR 283/20	Tarifregelungen, Bezugnahme auf betriebsverfassungsrechtliche	
BAG	4 AZR 286/20	Tarifregelungen, Verweisung auf betriebsverfassungsrechtliche, tarifliche Freistellung	
BAG	7 AZR 99/19	Tarifvertrag befristete Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau § 2, Ablösung	
BAG	7 ABR 38/19	Wahlanfechtung, Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer, Stimmauszählung	
Verfahrensrecht			
EGMR	Nr. 15227/19	Richter, Meinungsfreiheit	
LAG Düsseldorf	4 Ta 64/21	Rubrumsberechtigung, Parteiwechsel	
LAG Düsseldorf	4 Ta 401/20	Streitgegenstand Kündigungsschutzantrag	
BAG	3 AZR 224/20	Urteilsverkündung, fehlende, formelle und materielle Rechtskraft	
LAG Düsseldorf	13 Ta 364/20	Zwangsvollstreckung, Zeugnis, Bestimmtheit	339
Sozialrecht			
EuGH	C-784/19	Sozialversicherung bei grenzüberschreitender Leiharbeit	

Zusammenfassungen/Abstracts

Soziales Recht

Wissenschaftliche Zeitschrift
für Arbeits- und Sozialrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Olaf Deinert und
Prof. Dr. Rüdiger Krause,
Institut für Arbeitsrecht
der Georg-August Universität
Göttingen



in Zusammenarbeit mit

HSI

Hugo Sinzheimer Institut
für Arbeits- und Sozialrecht

Editorial

18. Göttinger Forum zum Arbeitsrecht: Qualifizierung und Weiterbildung als
Kernfrage in einer sich verändernden Arbeitswelt
Hansjörg Otto Seite **133**

Abhandlungen

Das Sozialrecht als Flankierung für betriebliche Qualifizierung
und Weiterbildung
Karl-Jürgen Bieback Seite **136**

Der betriebsverfassungsrechtliche Rahmen für Qualifizierung
und Weiterbildung
Maren Rennpferdt Seite **149**

Europa und seine soziale Dimension – Meilensteine, Entwicklungen
und Perspektiven
Dagmar Oppermann Seite **157**

Rezensionsaufsätze

Julian Stassek,
Die Einstellung behinderter Menschen – Zwischen Beschäftigungspflicht
und angemessenen Vorkehrungen
Rüdiger Krause Seite **171**

www.soziales-recht.eu



NZA

Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht

Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Jobst-Hubertus Bauer
Dr. Susanne Clemenz
Prof. Dr. Johannes Peter Francken
Edith Gräfl
Prof. Dr. Matthias Jacobs
Dr. Thomas Klebe
Prof. Dr. Eckhard Kreßel
Prof. Dr. Mark Lembke
Maria Britta Loskamp
Prof. Dr. Stefan Lunk
Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Preis
Prof. Dr. Reinhard Richardi
Ingrid Schmidt
Prof. Dr. Klaus Schmidt
Prof. Dr. Jens Schubert
Prof. Dr. Achim Schunder

www.nza.de

Mit Blick ins Steuerrecht



13/2021

10. Juli 2021
38. Jahrgang S. 897-976

Aus dem Inhalt

R. von Steinau-Steinrück/N. Jöris	Arbeitsrechtliche Fragen des Brexit – „a closer look“	897
R. Sieg/N. Barz	Arbeitsverbot für Alte!?	901
S. Gräf	Diskriminierung von Sportschiedsrichtern durch Altersgrenzen	911
Y. Beden	COVID-19-Erkrankung durch Urlaub im Risikogebiet: Anspruch auf Entgeltfortzahlung?	917
J. A. Daum	Arbeitsbedingungen-Richtlinie und das Gebot effektiver Rechtsdurchsetzung	920
D. Wall	Einsatz von Leiharbeitnehmern – Nur mit doppelter Zustimmung des Betriebsrats	927
EuGH	Altersgrenze von 50 Jahren für Zugang zum Notarberuf europarechtswidrig	931
BAG	Annahmeverzug – Unterlassener Zwischenverdienst wegen Böswilligkeit	938
BAG	Auskunfts- und Beseitigungsanspruch des Betriebsrats – kein Rückgängigmachen eines mitbestimmungswidrigen Zustands	959



Schriftleitung: Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,
Beethovenstr. 7b, 60325 Frankfurt a. M.

NZA Editorial

Georg-R. Schulz

Manuel Gräfe mit 47 Jahren – Endstation „Kölner Keller“?

III

NZA aktuell

Wichtige neue Entscheidungen

VI

Informationen

VIII

Neufassung der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung zum 1.7.2021

IX

Impressum

XXII

Aufsätze und Berichte

Robert von Steinau-Steinrück/Nils Jöris

Arbeitsrechtliche Fragen des Brexit – „a closer look“

897

Rainer Sieg/Nicole Barz

Arbeitsverbot für Alte!?

901

Stephan Gräf

Diskriminierung von Sportschiedsrichtern durch Altersgrenzen

911

Yannik Beden

COVID-19-Erkrankung durch Urlaub im Risikogebiet: Anspruch auf Entgeltfortzahlung?

917

Jan Alexander Daum

Arbeitsbedingungen-Richtlinie und das Gebot effektiver Rechtsdurchsetzung

920

Kommentar

Daniel Wall

Einsatz von Leiharbeitnehmern – Nur mit doppelter Zustimmung des Betriebsrats

927

Buchbesprechungen

J. v. Stein/I. Rothe/R. Schlegel, Gesundheitsmanagement und Krankheit im Arbeitsverhältnis (T. Beck)

929



Blick ins Steuerrecht

Jens Intemann

Besteuerung unentgeltlicher oder verbilligter Flüge	930
Versorgungsfreibetrag bei Pensionszahlungen	930
Erste Tätigkeitsstätte bei grenzüberschreitender Entsendung im Konzern	930
Besteuerung von Scheinrenditen aus einem Schneeballsystem	930

Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

EuGH	03. 06. 2021 – C-914/19	Altersgrenze von 50 Jahren für Zugang zum Notarberuf europarechtswidrig	931
EuGH	20. 05. 2021 – C-879/19	Anforderungen an Beschäftigung in mehreren Mitgliedstaaten durch eine Arbeitsverhältnis-E-101-Bescheinigung	934
EuGH	15. 06. 2021 – C-645/19	Grenzüberschreitende Verarbeitung personenbezogener Daten – Zuständige Aufsichtsbehörde und Klagerecht (Ls.)	937
BAG	23. 02. 2021 – 5 AZR 213/20	Annahmeverzug – Unterlassener Zwischenverdienst wegen Böswilligkeit	938
BAG	22. 09. 2020 – 3 AZR 303/18	Doppeltreuhand zur Absicherung von Rechten aus betrieblicher Altersversorgung – Rentenanpassungsbedarf im Insolvenzfall	940
LAG Düsseldorf	14. 01. 2021 – 5 Sa 483/20	Fristlose Kündigung wegen Entwendung einer Flasche Desinfektionsmittel (Ls.)	959

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	23. 03. 2021 – 1 ABR 31/19	Auskunfts- und Beseitigungsanspruch des Betriebsrats – kein Rückgängigmachen eines mitbestimmungswidrigen Zustands	959
BAG	27. 04. 2021 – 1 ABR 21/20	Keine Auswirkungen des Mindestlohngesetzes auf betriebliche Entlohnungsgrundsätze	967
BAG	01. 12. 2020 – 9 AZR 104/20	Bemessung der Ausbildungsvergütung nach dem pro-rata-temporis-Grundsatz	970

Orientierungssätze

BAG	23. 02. 2021 – 3 AZR 53/20	Ruhegeldanspruch nach dem Ersten Ruhegeldgesetz – Hamburger Zusatzversorgungsgesetz	976
------------	----------------------------	--	-----

6755

8. Juli 2021

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Sabine Kriwanek,
Bettina Sabara, Sabine Sadlo, Barbara Tuma

MIT
MUSTERVORLAGE
zur Elternteilzeit

THEMA

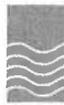
» **Johannes Bammer:** Elternteilzeit – Feststellungsklage bei missbräuchlichem Elternteilzeitwunsch

RECHTSPRECHUNG

- » Anspruch auf Elternteilzeit: Fallweise beschäftigte Personen bei relevanter Betriebsgröße zu berücksichtigen
- » Kein Anspruch auf Elternteilzeit bei gewährleisteter Kinderbetreuung
- » Rechtsunwirksame Kündigung während der Elternteilzeit – Ausübung des Wahlrechts

NEUE VORSCHRIFTEN

- » Verlängerung des Corona-Kurzarbeitsmodells – BGBl
- » Verlängerung der Freistellung von Schwangeren während der COVID-Krise – BGBl
- » Neuerliche Verschiebung der Angleichung der Kündigungsfristen – BGBl
- » Umfassende Novelle zum LSD-BG – Regierungsvorlage



ARD 6755

75. Jahrgang, 8. Juli 2021

INHALTSVERZEICHNIS



IN ALLER KÜRZE

THEMA – ARBEITSRECHT

Johannes Bammer: Elternteilzeit – Feststellungsklage bei missbräuchlichem Elternteilzeitwunsch 3

Der Zweck von Elternteilzeit liegt darin, Arbeitnehmern durch eine gewünschte Reduzierung und bzw. oder Änderung der Lage der Arbeitszeit ausreichend Zeit zur Kinderbetreuung zu ermöglichen. Weder das MSchG noch das VKG nennen jedoch die Kinderbetreuung als ausdrückliche Voraussetzung für einen Anspruch auf Elternteilzeit. Darüber hinaus ist auch kein spezifisches Verfahren im MSchG bzw. VKG vorgesehen, um sich als Arbeitgeber gegen einen missbräuchlichen Elternteilzeitwunsch zu wehren. In einer aktuellen Entscheidung hielt das ASG Wien nunmehr fest, dass sich Arbeitgeber bei Nichtvorliegen der Anspruchsvoraussetzungen der Elternteilzeit mit einer entsprechenden Feststellungsklage zur Wehr setzen können. Nähere Hintergründe dazu liefert Mag. *Johannes Bammer* im aktuellen Themenbeitrag.

VORLAGEN UND TEXTMUSTER

Birgit Kronberger/Rainer Kraft: Ablehnung einer „großen Elternteilzeit“ durch den Arbeitgeber wegen nicht erreichter Grenzzahl 6

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

Anspruch auf Elternteilzeit: Fallweise beschäftigte Personen bei relevanter Betriebsgröße zu berücksichtigen	7
Kein Anspruch auf Elternteilzeit bei gewährleisteteter Kinderbetreuung	9
Elternteilzeitbegehren einer Flugbegleiterin: Interessenabwägung zugunsten der Arbeitnehmerin	9
Rechtsunwirksame Kündigung während der Elternteilzeit – Ausübung des Wahlrechts	11

NEUE VORSCHRIFTEN

» ARBEITSRECHT

Verlängerung des Corona-Kurzarbeitsmodells – BGBl	13
Verlängerung der Freistellung von Schwangeren während der COVID-Krise – BGBl	15
Neuerliche Verschiebung der Angleichung der Kündigungsfristen – BGBl	15
Umfassende Novelle zum LSD-BG – Regierungsvorlage	16

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Änderung des ASVG ua – BGBl	18
-----------------------------	----

ARTIKELRUNDSCHAU 20

IMPRESSUM 19

ZESAR

20. Jahrgang
Juli 2021
Seiten 273-320

Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht

www.ZESARdigital.de

Herausgeber:

- Prof. Dr. Ulrich Becker*
Max-Planck-Institut München
- Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer*
Berlin
- Prof. Dr. Maximilian Fuchs*
Regensburg
- Prof. Dr. Franz Marhold*
Wirtschaftsuniversität Wien
- Prof. Dr. Hartmut Oetker*
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Preis*
Universität zu Köln
- Prof. Dr. Reinhard Resch*
Johannes Kepler Universität Linz
- Prof. Dr. Adam Sagan*
Universität Bayreuth
- Prof. Dr. Gregor Thüsing*
Rheinische Friedrichs-Wilhelms-
Universität Bonn
- Ilka Wölfle, LL.M.*
Europavertretung der deutschen
Sozialversicherung, Brüssel

EU-Agenda

Nachrichten zum europäischen Sozial- und
Arbeitsrecht

Aufsätze

- E. Eichenhofer*
Transnationale Rechtsansprüche auf Grund Europäischen
Arbeits- und Sozialrechts
- N. Kaeding*
Ein europäischer Handlungsrahmen für Nachhaltigkeit
- W. Frenz*
EU-grundrechtlicher Gesundheitsschutz gegen Corona

Vorlagen an den
EuGH

BAG
Teilzeitarbeit / Diskriminierungsverbot
(Anm. M. Sollfrank)

Rechtsprechung
mit Anmerkungen

- EuGH, Familienleistung / Aufenthaltsberechtigte
Drittstaatsangehörige / Gleichbehandlung
(Anm. T. Lang)
- EuGH, Gleichbehandlung /
Befristete Arbeitsverträge / Lehrkräfte
(Anm. S. Romero)

Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Adam Sagan	
EU-AGENDA		
Rat	Sozialgipfel Porto	273
Kommission	Aktionsplan Säule sozialer Rechte	273
	Grünbuch zum Thema Altern	274
Europäische Einrichtungen	Digitalisierung und inklusive Arbeitsmärkte	274
AUFSÄTZE	<i>Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer</i>	
	Transnationale Rechtsansprüche auf Grund Europäischen Arbeits- und Sozialrechts	275
	<i>Priv.-Doz. Dr. Nadja Kaeding</i>	
	Ein europäischer Handlungsrahmen für Nachhaltigkeit	284
	<i>Prof. Dr. jur. Walter Frenz</i>	
	EU-grundrechtlicher Gesundheitsschutz gegen Corona	292
VORLAGEN AN DEN EUGH	Bundesarbeitsgericht	
Arbeitsrecht	Teilzeitarbeit / Diskriminierungsverbot <i>Anmerkung von Matthias Sollfrank, Bayreuth</i>	296
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
Soziale Sicherheit	<i>Familienleistung / Aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige / Gleichbehandlung</i> RL 2003/109 EG Urteil des EuGH vom 25. 11. 2020, Rs. C-302/19 (Istituto Nazionale della Previdenza Sociale (INPS) ./. WS), ECLI:EU:C:2020:957 – <i>Anmerkung von Dr. Tanja Lang, Wien</i>	300
Soziale Sicherheit	<i>Familienleistung / Aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige / Gleichbehandlung</i> RL 2003/109 EG Urteil des EuGH vom 25. 11. 2020, Rs. C-303/19 (Istituto Nazionale della Previdenza Sociale (INPS) ./. VR), ECLI:EU:C:2020:958 – <i>Anmerkung von Dr. Tanja Lang, Wien</i>	305
Sozialpolitik	<i>Gleichbehandlung / Befristete Arbeitsverträge / Lehrkräfte</i> RL 2000/78/EG; RL 1999/70/EG Urteil des EuGH vom 8. 10. 2020, Rs. C-644/19 (FT ./. Universitatea „Lucian Blaga“ Sibiu), ECLI:EU:C:2020:810 – <i>Anmerkung von Dr. Sybille Romero, Stuttgart</i>	313
KURZ NOTIERT	Der Alte Kontinent braucht mehr Zuwanderung von Gesundheitspersonal	320
	HERA	320
TAGUNGSHINWEIS		320
VERHANDLUNGEN VOR DEM EUGH		V
GESAMTSCHAU		VIII



NZS

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Becker

Prof. Dr. Wiebke Brose

Pablo Coseriu

Prof. Dr. Dagmar Felix

Prof. Dr. Stefan Greiner

Prof. Dr. Stephan Harbarth

Prof. Dr. Thorsten Kingreen

Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof

Dr. Gerhard Knorr

Prof. Dr. Katharina von Koppenfels-Spies

Dr. Miriam Meßling

Prof. Dr. Hermann Plagemann

Prof. Dr. Christian Rolfs

Prof. Dr. Franz Ruland

Prof. Dr. Rainer Schlegel

Prof. Dr. Helge Sodan

Prof. Dr. Wolfgang Spellbrink

Prof. Dr. Raimund Waltermann

www.nzs.beck.de

30
JAHRE
NZS



14/2021

14. Juli 2021

30. Jahrgang S. 537–576

Aus dem Inhalt

Th. Fischer

**Medizinische Untersuchungen zur Prüfung der
Leistungsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld II** 537

U. Knispel

**NZS-Jahresrevue 2020: Leistungsrecht der
Gesetzlichen Krankenversicherung** 541

A. Porta

16. Jahresarbeitsstagung Medizinrecht 553

BSG

**Sozialversicherungsfreiheit eines Gesellschafter-
Geschäftsführers bei Treuhandgestaltungen
(Anm. V. Weiss-Bölz)** 557

BSG

**Zulässigkeit einer Feststellungsklage ohne vorherige
Verwaltungsentscheidung (Anm. V. Mittelbach)** 561

LSG NRW

**Bestimmung des für die Krankenversorgung
zuständigen Mitgliedstaates bei Einreichung eines
Rentenantrags (Kurzkommentierung H. Hosten)** 566

LSG Hessen

**Infektion mit einem bakteriellen Erreger als Arbeitsunfall
(Kurzkommentierung D. Barkow von Creytz)** 568

BSG

**Regelzulassung des Praxisnachfolgers trotz Sonder-
bedarfszulassung des Praxisvorgängers?
(Kurzkommentierung C. Lund)** 573

BSG

**Maßgeblichkeit des auf dem Empfangsbekennnis
vermerkten Datums für die Zustellung
(Kurzkommentierung M. Kania)** 575

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z 243



Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis 14/2021



NZS aktuell

<i>Rechtsprechung</i>	LSG Baden-Württemberg: Chefdirigent des Philharmonieorchesters Konstanz ist selbständig tätig	VI
	LSG Niedersachsen-Bremen: Krankenkasse muss Spracherkennung für Förder-schülerin übernehmen	VI
<i>Mitteilungen</i>	Der Arbeitsmarkt im Juni 2021: Deutliche Besserung	VI
	Pflegeausbildung: Ausbildungsmodulare zur Übertragung von Heilkunde auf Pflegefachpersonen veröffentlicht	VII
	Zwischenbericht zur Teilhabeberatung	VIII
	Chancen der Digitalisierung besser nutzen	VIII
	Ministerium prüft Vermögen des Zahnärztereinigung	VIII
	Regierung informiert über Assistierte Ausbildung	VIII
	Stellungnahme zu Interessenkonflikten bei der Bundesagentur für Arbeit	VIII
	Anlageverluste der Bundesagentur für Arbeit	IX
	Linke fordert Ausbau der sozialen Sicherungssysteme	IX
	Experten diskutieren Armuts- und Reichtumsbericht	IX
<i>Personalia</i>	Neuer Richter am Bundessozialgericht Dr. Benjamin Schmidt	X
	Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht Prof. Dr. Peter Becker in den Ruhestand getreten	X
	Anja Piel wechselt an die Spitze des BA-Verwaltungsrats	X

Aufsätze und Berichte

<i>Thomas Fischer</i>	Medizinische Untersuchungen zur Prüfung der Leistungsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld II	537
<i>Ulrich Knispel</i>	NZS-Jahresrevue 2020: Leistungsrecht der Gesetzlichen Krankenversicherung	541
<i>Alessia Porta</i>	16. Jahresarbeitsstagung Medizinrecht	553

Buchbesprechungen

<i>Thomas Franz</i>	Sozialgesetzbuch II: Grundsicherung für Arbeitsuchende, Lehr- und Praxiskommentar	556
---------------------	---	-----

Rechtsprechung

Rechtsprechung im Volltext

Beitragsrecht

BSG 12.05.2020 – B 12 R 5/18 R	Sozialversicherungsfreiheit eines Gesellschafter-Geschäftsführers bei Treuhandgestaltungen (mit Anm. Verena Weiss-Böhlz)	557
-----------------------------------	--	-----

Verfahrensrecht

- BSG
15.12.2020 – B 2 U 142/20 B Zulässigkeit einer Feststellungsklage ohne vorherige Verwaltungsentscheidung 561
(mit Anm. Viktoria Mittelbach)

Kommentierte Rechtsprechung

Europarecht

- LSG NRW
03.09.2020 – L 16 KR 573/15 Bestimmung des für die Krankenversorgung zuständigen Mitgliedstaates bei Einreichung eines Rentenanspruchs (Hans Hosten) 566

Rentenversicherungsrecht

- LSG Bayern
17.03.2021 – L 13 R 224/20 Maximaldauer der Anrechnung von Ausbildungszeiten bei beitragsgeminderten Zeiten (Achim Hoffmann) 567

Unfallversicherungsrecht

- LSG Hessen
26.01.2021 – L 3 U 131/18 Infektion mit einem bakteriellen Erreger als Arbeitsunfall 568
(Dunja Barkow von Creyzt)

Grundsicherungsrecht

- LSG Sachsen-Anhalt
26.11.2020 – L 4 AS 173/18
ZVW Leistungsausschluss beim Bezug einer russischen Altersrente (Björn Brehm) 569

- LSG NRW
25.11.2020 – L 12 SO 9/18 Zum Nothelferanspruch von Krankenhäusern wegen der Behandlung von obdachlosen Patienten in medizinischen Eilfällen (Hans Hosten) 570

- LSG NRW
04.06.2020 – L 21 AS 476/20 B Vorläufige Leistungsbewilligung nach dem SGB II: zum Rechtsschutzbedürfnis einer Klage für einen abgelaufenen Bewilligungszeitraum 571
(Jens-Torsten Lehmann)

Arbeitsförderungsrecht

- LSG NRW
18.01.2021 – L 9 AL 1/19 Prämie für das Bestehen des ersten Teils einer gestreckten Abschlussprüfung 572
(Claus-Peter Bienert)

Vertragsarztrecht

- BSG
27.01.2021 – B 6 KA 27/19 R Regelzulassung des Praxisnachfolgers trotz Sonderbedarfszulassung des Praxisvorgängers? (Carsten Lund) 573

Beitragsrecht

- LSG Saarland
09.06.2020 – L 1 R 23/19 Künstlersozialversicherungspflicht einer selbstständigen Tätigkeit im Bereich Grafikdesign, Illustration und freie Kunst sowie Tätowieren 574
(Paul-Gerhard Stäbler)

Verfahrensrecht

- BSG
17.12.2020 – B 1 KR 68/19 B Maßgeblichkeit des auf dem Empfangsbekenntnis vermerkten Datums für die Zustellung (Marcus Kania) 575

- LSG Berlin-Brandenburg
04.12.2020 – L 28 BA 109/18 Verwirkung einer Untätigkeitsklage (Benjamin Schmidt) 576

07.21

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z263

68. Jahrgang
Juli 2021
Seiten 393-460

b

Die Sozial- gerichtsbarkeit

www.DieSozialgerichtsbarkeit.de

Zeitschrift für das aktuelle Sozialrecht

Herausgeber:

Prof. Dr. Peter Axer
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dr. Peter Becker
Vorsitzender Richter am BSG

Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf
Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer
Berlin

Dr. Christine Fuchsloch
Präsidentin des LSG Schleswig-Holstein,
Schleswig

Prof. Dr. Otto Ernst Krasney
Vizepräsident des BSG a. D.

Dr. h. c. Peter Masuch
Präsident des BSG a. D.

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Preis
Universität zu Köln

Prof. Dr. Rainer Schlegel
Präsident des BSG

Prof. Dr. Peter Udsching
Vorsitzender Richter am BSG a. D.

Prof. Dr. Thomas Voelzke
Vizepräsident des BSG

Dr. h. c. Matthias von Wulffen
Präsident des BSG a. D.

Aufsätze

F. Ruland

Die Rentenversicherungspflicht von Geschäftsführern,
Vorständen, Aufsichtsratsmitgliedern und anderen
Organmitgliedern

A. Pitz/R. Strametz

Das Second Victim Phänomen und die gesetzliche
Unfallversicherung

C. Grün

Schutz des Kindes im Sozialen Entschädigungsrecht –
vom vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriff
bis zur erheblichen Vernachlässigung

B. Brehm/S. Schifferdecker

Neuregelung des Warmwassermehrbedarfs –
eine zulässige Einschränkung?

Aktuelle
Entscheidungen

Übersicht über die jüngste Rechtsprechung

Rechtsprechung

BSG, GPS-Uhr/Selbstbestimmtheit/
Persönliche Bewegungsfreiheit/Rehabilitation
(Anm. N. Cramer)

BSG, Plausibilitätsprüfung/„Unzeitgebühr“
(Anm. I. Heberlein)

BSG, Sozialversicherungspflicht GmbH-Geschäftsführer
(Anm. G. Forst)

BSG, Alkoholkonsum der Mutter/
Versuchter Schwangerschaftsabbruch/Tätlicher Angriff
(Anm. C. Grün)



Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Otto Ernst Krasney	
AUFSÄTZE	<i>Prof. Dr. Franz Ruland</i> Die Rentenversicherungspflicht von Geschäftsführern, Vorständen, Aufsichtsratsmitgliedern und anderen Organmitgliedern _____	393
	<i>Prof. Dr. Andreas Pitz / Prof. Dr. Reinhard Strametz</i> Das Second Victim Phänomen und die gesetzliche Unfallversicherung _____	405
	<i>Prof. Dr. jur. Corinna Grünh</i> Schutz des Kindes im Sozialen Entschädigungsrecht – vom vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriff bis zur erheblichen Vernachlässigung _____	414
	<i>Björn Brehm / Dr. Stefan Schifferdecker</i> Neuregelung des Warmwassermehrbedarfs – eine zulässige Einschränkung? _____	421
AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN	Übersicht über die jüngste Rechtsprechung <i>Bundessozialgericht</i> _____	426
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
KRANKENVERSICHERUNG	<i>GPS-Uhr/Selbstbestimmtheit/Persönliche Bewegungsfreiheit/Rehabilitation</i> §§ 12 Abs. 1, 33 Abs. 1 Satz 1 Var. 3, 33 Abs. 1 Satz 6, 34 Abs. 4 SGB V Urteil des 3. Senats des BSG vom 10.9.2020 – B 3 KR 15/19 R – ECLI:DE:BSG:2020:100920UB3KR1519R0 – <i>Anmerkung von Dr. Nicole Cramer, Berlin</i> _____	434
VERTRAGS(ZAHN)ARZTRECHT	<i>Plausibilitätsprüfung/„Unzeitgebühr“</i> § 106a Abs. 2 SGB V Urteil des 6. Senats des BSG vom 15.7.2020 – B 6 KA 13/19 R – ECLI:DE:BSG:2020:150720UB6KA1319R0 – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Ingo Heberlein, Eutin</i> _____	440
RENTENVERSICHERUNG	<i>Sozialversicherungspflicht GmbH-Geschäftsführer</i> § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III; § 7 Abs. 1 SGB IV; § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 37 GmbHG; § 164 HGB Urteil des 12. Senats des BSG vom 8.7.2020 – B 12 R 2/19 R – ECLI:ECLI:DE:BSG:2020:080720UB12R219R0 – <i>Anmerkung von PD Dr. Gerrit Forst, Essen</i> _____	450
SOZIALES ENTSCHÄDIGUNGSRECHT	<i>Alkoholkonsum der Mutter/Versuchter Schwangerschaftsabbruch/Tätlicher Angriff</i> § 1 OEG; §§ 218, 22 StGB Urteil des 9. Senats des BSG vom 24.9.2020 – B 9 V 3/18 R – ECLI:DE:BSG:2020:240920UB9V318R0 – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Corinna Grünh, Bremen</i> _____	456
GESAMTSCHAU		V

6756

15. Juli 2021

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Sabine Kriwanek,
Bettina Sabara, Sabine Sadlo, Barbara Tuma

THEMA

- » **Barbara Covarrubias Venegas/Nina Bauregger:** Das Büro hat wieder offen, aber keiner will hin? – Hybride Arbeitsumgebungen auf dem Vormarsch

RECHTSPRECHUNG

- » Entgeltfortzahlung für freigestelltes Betriebsratsmitglied
- » Anfechtung einer BR-Wahl wegen Ausstellung von Wahlkarten ohne Antrag
- » Verzicht eines Ersatzmitglieds zum Betriebsrat auf ein Nachrücken
- » Rechte der Betriebsräte iZm Sitzungen des Universitätsrats
- » Familienzeitbonus: Bezug von Bildungsteilzeitgeld im Beobachtungszeitraum unschädlich
- » Familienzeitbonus: Familienzeit und Bezugszeitraum müssen sich taggenau decken
- » BFG: Vorabentscheidungsersuchen zur Steuerschuld kraft Rechnungslegung
- » Dreiecksgeschäft – Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – HUMAN RESOURCES**Barbara Covarrubias Venegas/Nina Bauregger: Das Büro hat wieder offen, aber keineR will hin? – Hybride Arbeitsumgebungen auf dem Vormarsch**

3

Mehrere Studien zeigen auf, dass ein Großteil der Beschäftigten sich weiterhin flexible remote Arbeitsmöglichkeiten wünscht, dennoch vermissen 67 % den direkten Kontakt mit ihren KollegInnen. 80 % der Führungskräfte gehen davon aus, dass nach der Pandemie flexiblere Richtlinien für die Arbeit im Homeoffice gelten werden. Der Beitrag von Dr. *Barbara Covarrubias Venegas* und MMag. *Nina Bauregger* MBA zeigt auf, was es bei dem Übergang zu einem hybriden Arbeitsplatzmodell zu berücksichtigen gilt, welche Rolle das Büro in Zukunft einnehmen wird und insbesondere warum die Zukunft der Arbeit die individuelle Entscheidungsfreiheit in den Vordergrund rückt.

RECHTSPRECHUNG**»ARBEITSRECHT**

Entgeltfortzahlung für freigestelltes Betriebsratsmitglied	7
Anfechtung einer BR-Wahl wegen Ausstellung von Wahlkarten ohne Antrag	8
Rücktritt von Betriebsratsmitgliedern	10
Verzicht eines Ersatzmitglieds zum Betriebsrat auf ein Nachrücken	10
Rechte der Betriebsräte iZm Sitzungen des Universitätsrats	12

»SOZIALRECHT

Familienzeitbonus: Bezug von Bildungsteilzeitgeld im Beobachtungszeitraum unschädlich	13
Familienzeitbonus: Familienzeit und Bezugszeitraum müssen sich taggenau decken	14

»STEUERRECHT

BFG: Vorabentscheidungsersuchen zur Steuerschuld kraft Rechnungslegung	15
Dreiecksgeschäft – Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH	15
Vermietung eines Gebäudes – Vorsteuerabzug	16

NEUE VORSCHRIFTEN**»ARBEITSRECHT**

Änderung der Arbeitszeitregelungen für Lenker – Ministerialentwurf	17
--	----

AUS DEN BEHÖRDEN**»FINANZMINISTERIUM**

BMF: Geschäftsführervergütungen bei Ferngeschäftsführung	19
--	----

NEUERSCHEINUNGEN

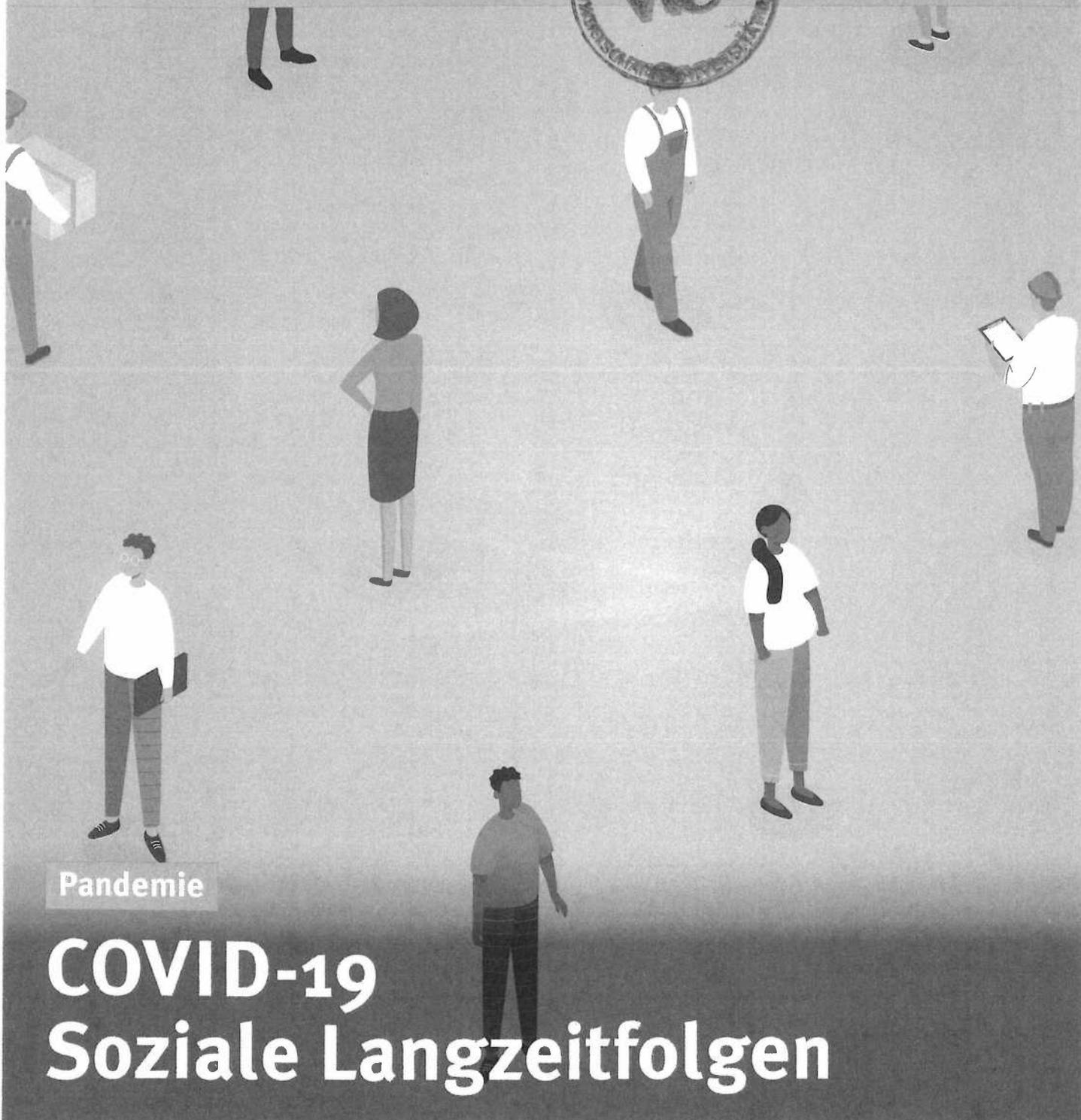
20

IMPRESSUM

19

Soziale Sicherheit

ZEITSCHRIFT FÜR ARBEIT UND SOZIALES



Pandemie

COVID-19 Soziale Langzeitfolgen

KRANKENHAUS-ENTLASSUNG *Ein Portal hilft bei der Überleitung*
PFLEGE *Eine Reform, die nicht hält, was sie verspricht*
SYSTEMISCHE BERATUNG *Jobcenter*

INKLUSIVE
RECHTSPRECHUNG

SoSi plus


**BUND
VERLAG**



Titelthema



**COVID-19 –
Soziale Langzeitfolgen**

Nach eineinhalb Jahren ist die Corona-Pandemie nicht vorbei. Doch es ist an der Zeit für eine Zwischenbetrachtung. Wie geht es den Sozialen Sicherungssystemen welche Entwicklungen hat die Krise bisher beschleunigt, gebremst. Oder erst sichtbar gemacht?

**Auswirkungen
der
Corona-Krise**

- Position** 259 ULRICH WENNER
**»Neustart« für die Gesundheitsversorgung –
bitte schnell und vor allem in die richtige Richtung**
- 260 JÖRG MEYER
Die Auswirkungen der Pandemie
- 261 INTERVIEW MIT GUNDULA ROSSBACH
»Wir überstehen auch die aktuelle Krise«
- 262 ANDREAS AUST/JOACHIM ROCK
Die sozialstaatliche Krisenbewältigung
- 267 NIKOLAUS MEYER/ELKE ALSAGO
**Die Corona-Pandemie als Katalysator
der Digitalisierung Sozialer Arbeit**
- 271 DEUTSCHE KRANKENHAUSGESELLSCHAFT E. V.
Stärken und Schwächen der Krankenhäuser

- Magazin** 256 **Aus der Gesetzgebung**
257 **Assistenz im Krankenhaus: Gesetzliche Regelung
der Finanzierung auf den letzten Drücker**
258 **Personalia**

- Pflege** 273 MARCO FRANK
Die Pflegereform, die nicht weiterhilft
- 276 MADELEINE VIOL
**Die ambulante Pflege – Stiefkind der Pflegegesetzgebung
in der 19. Legislaturperiode**
- 280 THERESA TSCHENKER
Problemfall 24-Stunden-Pflege

- Jobcenter** 282 CHRISTIAN PHILIPP NIXDORF
**Systemische Beratung im Jobcenter –
Praxis oder Lippenbekenntnis?**

- Digitales
Gesundheits-
system** 287 MAREN KONERSMANN
Das digitale Pflegeportal

- Alters-
sicherung** 290 ROLF WINKEL
**Renten-Doppelbesteuerung: Nach dem Urteil des Bundes-
finanzhofs muss der Gesetzgeber nachbessern**

- 293 **Coronabedingt steigt die Rente nicht**
294 **Impressum**

Der Bundesfinanzhof hat festgestellt, dass das Problem einer Doppelbesteuerung vor allem für künftige Rentner:innen zum Problem werden kann und gab klare Regeln vor, wie eine mögliche Doppelbesteuerung zu berechnen ist.

Zeitschrift für

ARBEITS-**ZAS** UND SOZIALRECHT

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2108

Schriftleitung **Stefan Köck**

Redaktion **Helwig Aubauer, Susanne Auer-Mayer, Elisabeth Brameshuber,**

Wolfgang Brodil, Rolf Gleißner, Harald Kaszanits,

Christoph Kietaibl, Thomas Neumann

Wissenschaftliches Lektorat **Theodor Tomandl**



Juli 2021

04

161 – 208

Schwerpunktbeiträge

Sozialversicherung – Zuordnung der Erwerbstätigkeit

Die Auswirkungen des Sozialversicherungs-ZuordnungsG

Ruth Taudes ➔ 164

Rechtsfolgen bei fehlerhafter Zuordnung der Erwerbstätigkeit

Bernhard Atzmüller und Harald Lidauer ➔ 173

Beiträge

Der Brexit und die Auswirkungen auf die Koordination der Systeme
der sozialen Sicherheit *Bernhard Spiegel* ➔ 179

Vertragsgestaltung bei der Einführung und Ausgestaltung
von Homeoffice *Thomas Dullinger* ➔ 187

Rechtsprechung kommentiert

Undifferenzierte Kappungsklauseln bei Gleitzeit unwirksam

Andreas Jöst ➔ 198

Haftung und Verfall nach Betriebsübergang *Matthias Unterrieder* ➔ 203

Checkliste/Aktuelles

Anwendbarkeit des BUAG auf ein Arbeitsverhältnis

Christoph Wiesinger ➔ 205

Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht ab 1. 7. 2021

Caroline Graf-Schimek und Ingomar Stupar ➔ 207

Sozialversicherung – Zuordnung der Erwerbstätigkeit

→ Editorial 161

Krise und Resilienz

Von Stefan Köck

Beiträge

→ Die Auswirkungen des Sozialversicherungs-ZuordnungsG 164

Ein Bericht aus der Praxis

Nach einem ungefähr zehnjährigen Vorlauf trat mit 1. 7. 2017 das SV-ZG in Kraft. Es regelt insb die Zuordnung von Erwerbstätigkeiten zur SV der Selbständigen oder Unselbständigen. Die Erwartungen waren hoch, sollte es doch Rechtssicherheit für versicherte Personen und deren Vertragspartner bringen. Die finanzielle Dimension (Beitragslasten) und die grundlegende berufsständische Bedeutung der Zuordnung zur „richtigen“ SV erklären die Vehemenz bei der Entstehung. Der Beitrag untersucht die Auswirkungen des SV-ZG nach vier Jahren Praxis. Allerdings gibt es bislang nur Einzelfälle von aus einer GPLA heraus abgewickelten Verfahren nach dem SV-ZG. Valide grundlegende Aussagen lassen daher noch auf sich warten. Der Beitrag erklärt auszugsweise einige aufgetretene Probleme im Vollzug des SV-ZG (die Bindungswirkung ausgeklammert).

Von Ruth Taudes

→ Rechtsfolgen bei fehlerhafter Zuordnung der Erwerbstätigkeit 173

Deutliche Entlastung des Dienstgebers auf Basis des SV-ZG

Die Frage nach der richtigen sozialversicherungsrechtlichen Zuordnung einer Erwerbstätigkeit ist in der Praxis nicht immer leicht zu beantworten. Auf Basis des SV-ZG soll für den Fall einer rückwirkenden Umqualifizierung im Verhältnis GSVG zu ASVG eine deutliche Verringerung des sozialversicherungsrechtlichen Haftungsrisikos des Auftraggebers bewirkt werden.

Von Bernhard Atzmüller und Harald Lidauer

→ Der Brexit und die Auswirkungen auf die Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit 179

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU hat die ohnehin schon hohe Komplexität im Bereich der Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit weiter gesteigert. Der Beitrag stellt den Brexit-Prozess dar, untersucht die Änderungen, die durch den Austritt entstanden sind, und evaluiert Prozess und Ergebnis. Die übergeordnete Frage ist, ob damit der Gipfel der Komplexität in diesem an sich nicht einfachen Rechtsbereich erreicht wurde.

Von Bernhard Spiegel

→ Vertragsgestaltung bei der Einführung und Ausgestaltung von Homeoffice ... 187

Das „Homeoffice-Gesetz“ bringt neue Anforderungen an die Gestaltung von Vereinbarungen zum Arbeiten im „Homeoffice“ mit sich. Diese sind nicht nur beim Abschluss neuer Vereinbarungen zu beachten, auch bereits bestehende Vereinbarungen sollten „saniert“ werden. Der Beitrag behandelt zentrale Rechtsfragen der Vertragsgestaltung.

Von Thomas Dullinger

ZAS-Judikaturübersicht

→ ZAS-Judikatur 2021/45–57 195



Rechtsprechung

- Undifferenzierte Kappungsklauseln bei Gleitzeit unwirksam 198
OGH 30. 10. 2019, 9 ObA 75/19y
Mit Kommentar von Andreas Jöst
- Haftung und Verfall nach Betriebsübergang 203
OGH 26. 8. 2020, 9 ObA 39/20f
Mit Kommentar von Matthias Unterrieder

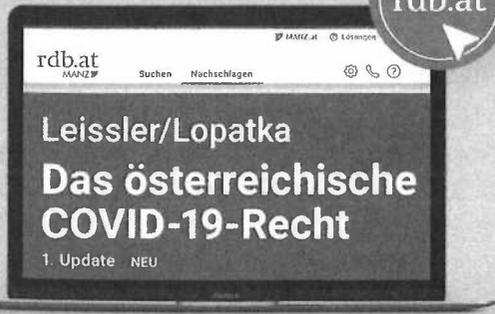
Checkliste/Aktuelles

- Anwendbarkeit des BUAG auf ein Arbeitsverhältnis 205
 Die Anwendbarkeit des BUAG auf ein Arbeitsverhältnis ergibt sich direkt aus dem Gesetz und ist – insofern vergleichbar mit der Frage, welcher KollV auf ein Arbeitsverhältnis anzuwenden ist – der Parteiendisposition entzogen.
Von Christoph Wiesinger
- Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht ab 1. 7. 2021 207
 Ein Überblick über die wichtigsten Neuerungen, die ab 1. 7. 2021 in Kraft treten werden.
Von Caroline Graf-Schimek und Ingomar Stupar

Standards

- Impressum 161
- Veranstaltungen & Seminare 208

Übersicht und Struktur im Gesetzesdschungel





Noch mehr Covid-Recht – jetzt neu mit dem 1. Update:

- mehr als 70 neue Verordnungen
- mit zahlreicher aktueller Rechtsprechung

Leissler/Lopatka
Das österreichische COVID-19-Recht – Update 1.01

Information und Beratung
 Tel +43 1 531 61-655, vertrieb@manz.at

ab 171,60 EUR
 pro Jahr exkl. 20% USt

rdb.at/covid-19-recht

MANZ 

D3-Z275

MONATSSCHRIFT KRIMINOLOGIE UND STRAFRECHTSREFORM

JOURNAL OF CRIMINOLOGY AND PENAL REFORM



EDITORS

Hans-Jörg Albrecht

Thomas Bliesener

Klaus Boers

Friedrich Lösel

Inhaltsverzeichnis

Artikel

Lennart May, Annemarie Stein, Thomas E. Gundlach und Renate Volbert
Schuldig bei Verdacht? Prüfstrategien in Beschuldigtenvernehmungen — 81

Ricarda Moll und Franziska Schneider
Ausbau der Datenerhebungsbefugnisse von Sicherheitsbehörden – Lässt die wissenschaftliche Empirie Chilling-Effekte in der Bevölkerung erwarten? — 92

Frank Neubacher und Nicole Bögelein
Kriminalität der Armen – Kriminalisierung von Armut? — 107

Lieven Pauwels, Wim Hardyns und Noel Klima
Die Person-Umwelt Hypothese der Situational Action Theory und gewalttätiger Extremismus. Ein Teilprüfungsversuch — 124

Dieter Seifert und Tina Neuschmelting
Zur Problematik der Schuldfähigkeitsbeurteilung von intelligenzgeminderten Rechtsbrechern« – ein Abriss zum 3. Eingangsmerkmal anhand einer aktuellen Studie — 139

Forum

Silvia Staubli und Daniel Fink
Strafeinstellungen und Strafpraxis in Zeiten von Revisionen des Sanktionenrechts: Analysen zur Schweiz — 153

Redaktionelle Anmerkung:

Die Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform erscheint ab Band 102 (Jahrgang 2019) mit vier Heften pro Jahr. Die seit der Gründung der Zeitschrift existierende Bezeichnung »Monatsschrift« wurde als ihr Markenzeichen aus Traditionsgründen beibehalten, ebenso die Abkürzung »MschrKrim«.

In den Texten der Monatsschrift wird in der Regel das generische Maskulinum verwendet; es sind aber jeweils alle Geschlechter gemeint. Dort, wo es angebracht erscheint, wird davon abgewichen.

Buchbesprechungen

Karl-Ludwig Kunz
Conflicting Narratives of Crime and Punishment.
Martina Althoff, Bernd Dollinger, Holger Schmidt
(Editors) — 169

Bernd-Dieter Meier
Lucia M. Sommerer; **Personenbezogenes Predictive Policing. Kriminalwissenschaftliche Untersuchung über die Automatisierung der Kriminalprognose** — 171

Helmut Hirtenlehner
Hardie, Beth: Studying Situational Interaction. Explaining Behaviour by Analysing Person-Environment Convergence — 174

Rüdiger Wulf
Andreas Ruch; Tobias Singelstein (Hrsg.). **Auf neuen Wegen. Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft aus interdisziplinärer Perspektive. Festschrift für Thomas Feltes zum 70. Geburtstag** — 176



WM**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN****Zeitschrift 3-2 187
für Wirtschafts-
und Bankrecht****WU**
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS**27**10. Juli 2021
75. Jahrgang
Seiten 1305-1356**Redaktion:**Rechtsanwalt
Dr. Christopher Kienle,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Tobias Lettl,
PotsdamRechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Arne Wittig,
Bad Soden**Redaktionsbeirat:**Rechtsanwalt
Thorsten Höche,
BerlinProf. Dr. Jens-Hinrich Binder,
TübingenVizepräsident des BGH
Prof. Dr. Jürgen Ellenberger,
KarlsruheRechtsanwältin
Dr. Anna Heidelberg,
Frankfurt a. M.Rechtsanwältin
Dr. Karen Kuder,
Frankfurt a. M.Richterin am BGH
Ilse Lohmann,
KarlsruheProf. Dr. Peter O. Mülbert,
Mainz**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV**

Postverlagsort Frankfurt a. M.

AUS DEM INHALT:

Seite 1305

Univ.-Prof. (em.) Dr. Volker Beuthien, Marburg
Die Pflichtmitgliedschaft im genossenschaftlichen Prüfungsverband nur selbstgewollte Zuordnung?

Seite 1310

Akad. Rat a.Z. Dr. Daniel Rodi, Heidelberg
Zur Unwirksamkeit formularmäßiger Zustimmungsfiktionen im Bankrecht
– Zugleich Besprechung von BGH, Urt. v. 27.4.2021 = WM 2021, 1128 –
– Teil I (Die Entscheidung und ihre Vorgeschichte) –

Seite 1315

BGH, 8.6.2021 – XI ZR 165/20
Zur Frage, ob ein Darlehensvertrag und ein Fahrzeugkaufvertrag auch im Falle einer Anschlussfinanzierung verbundene Geschäfte sein können

Seite 1317

BGH, 8.6.2021 – XI ZR 356/20
Wirksamkeit der in den AGB einer Sparkasse enthaltenen Bestimmung, wonach der Bearbeitungspreis für die Berechnung der Nichtabnahmeentschädigung 50 EUR beträgt, wenn der Kunde nicht nachweist, dass kein oder ein geringerer Schaden entstanden ist

Seite 1319

BFH, 17.11.2020 – VIII R 11/18
Zur Verfassungsmäßigkeit der Verlustverrechnungsbeschränkung für Aktienveräußerungsverluste nach § 20 Abs. 6 Satz 5 EStG (jetzt § 20 Abs. 6 Satz 4 EStG)

Seite 1339

BGH, 6.5.2021 – IX ZR 72/20
Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners bei erkannter Zahlungsunfähigkeit nur dann, wenn der Schuldner im maßgeblichen Zeitpunkt zusätzlich wusste oder in Kauf nahm, dass er seine übrigen Gläubiger auch künftig nicht vollständig befriedigen können; in der Regel kein Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners, wenn er nur die drohende Zahlungsunfähigkeit kannte; zur Frage, welche Umstände die Vermutung der Feststellung und der Fortdauer der Zahlungseinstellung begründen
(teilweise Änderung der bisherigen Rechtsprechung des Senats)

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. (em.) Dr. Volker Beuthien, Marburg

Die Pflichtmitgliedschaft im genossenschaftlichen Prüfungsverband nur selbstgewollte Zuordnung

Akad. Rat a.Z. Dr. Daniel Rodi, Heidelberg

Zur Unwirksamkeit formularmäßiger Zustimmungsfiktionen im Bankrecht

– Zugleich Besprechung von BGH, Urt. v. 27.4.2021 = WM 2021, 1128 –

– Teil I (Die Entscheidung und ihre Vorgeschichte) –

1310

Rechtsprechung

Bankrecht, Kapitalmarktrecht und Finanzdienstleistungsrecht

Bundesgerichtshof 8.6.2021 XI ZR 165/20* Zur Frage, ob ein Darlehensvertrag und ein Fahrzeug- 1315
kaufvertrag auch im Falle einer Anschlussfinanzierung
verbundene Geschäfte sein können

Bundesgerichtshof 8.6.2021 XI ZR 356/20* Wirksamkeit der in den AGB einer Sparkasse enthalte- 1317
nen Bestimmung, wonach der Bearbeitungspreis für die
Berechnung der Nichtabnahmeentschädigung 50 EUR
beträgt, wenn der Kunde nicht nachweist, dass kein oder
ein geringerer Schaden entstanden ist

Bundesfinanzhof 17.11.2020 VIII R 11/18* Zur Verfassungsmäßigkeit der Verlustverrechnungsbe- 1319
schränkung für Aktienveräußerungsverluste nach § 20
Abs. 6 Satz 5 EStG (jetzt § 20 Abs. 6 Satz 4 EStG)

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 11.5.2021 II ZB 32/20* Keine Berufung des vom bisherigen Vorstand beauftrag- 1328
ten Rechtsanwalts auf die negative Publizität des Ver-
einsregisters, soweit es um seine Prozessvollmacht geht

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 8.4.2021 III ZR 62/20 Zur Geltendmachung des durch § 157 VVG a. F. einge- 1330
räumten Absonderungsrechts in der Revisionsinstanz
nach Aufnahme des durch die Eröffnung des Insolvenz-
verfahrens über das Vermögen der Beklagten unterbro-
chenen Revisionsverfahrens in Bezug auf einen Scha-
densersatzanspruch gegen einen Mittelverwendungs-
kontrolleur und Treuhandkommanditisten

Bundesgerichtshof 29.4.2021 IX ZB 25/20* Zum Pfändungsschutz nach § 850i Abs. 1 ZPO, wenn der 1336
Schuldner aus einer Kapitallebensversicherung, die ihm
zur Sicherung für Ansprüche aus einer Pensionszusage
für seine Tätigkeit als Geschäftsführer wirksam verpfän-
det ist, nach Pfandreife eine Einmalleistung erhält; keine
Sperrwirkung von § 851c Abs. 1 ZPO in solchen Fällen

Bundesgerichtshof 6.5.2021 IX ZR 72/20* Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners bei er- 1339
kannter Zahlungsunfähigkeit nur dann, wenn der
Schuldner im maßgeblichen Zeitpunkt zusätzlich wusste
oder in Kauf nahm, dass er seine übrigen Gläubiger auch
künftig nicht vollständig werde befriedigen können; in
der Regel kein Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des
Schuldners, wenn er nur die drohende Zahlungsunfähig-
keit kannte; zur Frage, welche Umstände die Vermutung
der Feststellung und der Fortdauer der Zahlungseinstel-
lung begründen
(teilweise Änderung der bisherigen Rechtsprechung des Senats)



Bundesgerichtshof 10.6.2021 IX ZR 6/18*

Zum Erwerb von Versorgungsrechten durch eine rechtskräftige Entscheidung zum Versorgungsausgleich nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des ausgleichspflichtigen Ehegatten; Beteiligung des Insolvenzverwalters am Verfahren über den Versorgungsausgleich geboten, wenn ein Versorgungsrecht betroffen ist, das zur Insolvenzmasse gehören kann; zum Beginn der Beschwerdefrist für einen Beteiligten, der zu Unrecht nicht am Verfahren beteiligt wurde 1346

Bundesgerichtshof 10.6.2021 IX ZR 76/20

Übergang des Anspruchs des rechtsschutzversicherten Mandanten gegen seinen Rechtsanwalt, alles herauszugeben, was er aus der anwaltlichen Geschäftsbesorgung erlangt, auf den Rechtsschutzversicherer, wenn dieser Gerichtskosten gezahlt und die Gerichtskasse die nicht verbrauchten Kosten an den Rechtsanwalt erstattet hat; kein Quotenvorrecht des Versicherungsnehmers für solche Ansprüche in der Rechtsschutzversicherung 1350

Sonstiges

Bundesgerichtshof 8.6.2021 VI ZB 22/20

Zu den inhaltlichen Anforderungen an die Berufsbe-gründung (hier: Abweisung einer Klage wegen Inverkehrbringens eines Kraftfahrzeugs mit unzulässiger Abschalteneinrichtung) 1354

Bücherschau

Peter Mankowski (Hrsg.)

Commercial Law, Article-by-Article Commentary
Rezensent: RiOLG Dr. Ole Böger, LL.M. (London), Bremen

1355



www.retailbankentag.de

19. Internationaler Retail-Bankentag der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

4./5. Oktober 2021 Informationen: Tel. +49 69 2732 553



Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in den Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt a. M.; Rechtsanwalt Arne Wittig, Bad Soden; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt a. M. (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e. V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Jens-Hinrich Binder, LL.M. (London), Eberhard Karls Universität Tübingen; Vizepräsident des Bundesgerichtshofs Professor Dr. Jürgen Ellenberger, Karlsruhe; Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelberg, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Rechtsanwältin Dr. Karen Kuder, Chefsyndikus der Deutschen Bank AG, Frankfurt a. M.; Ilse Lohmann, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Redaktionsleiter: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: h.back@wmrecht.de; Redaktionsassistentin: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142, Telefax (0 69) 23 26 85, E-Mail: vertrieb@wmgruppe.de

Satz: mediaTEXT Jena GmbH, Richard-Sorge-Straße 6a/b, 07747 Jena, E-Mail: info@mediatext.de

Druck: Offsetdruckerei E. Sauerland GmbH, Am Spitalacker 1, 63571 Gelnhausen, Telefon (0 60 51) 5 38 38-10

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 128,40 (inkl. MwSt. und 3 Online-Nutzern) + € 7,95 Versandkostenzuschlag (inkl. MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50% auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2021 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

DER BETRIEB

D3-2 12

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

27-28

Seite 1485 – 1552
12. Juli 2021
74. Jahrgang

www.der-betrieb.de

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
Prof. Dr. Johanna Hey
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff
Friedrich Merz
Dr. Thomas Wachter

Magazin

Gastkommentar

Ulrich Prinz
Zeitenwende bei der
Besteuerung von Personen-
gesellschaften?

Standpunkte

Thomas Hey
Betriebsrätemodernisierung =
Digitalisierungsverhinderung?

Betriebswirtschaft

Werner Gleißner/Volker Stein/Arnd Wiedemann
Die Business Judgement Rule als Treiber der Evolution des
Risikomanagements 1485

Steuerrecht

Jens Blumenberg/Thomas Bernard
Kein Gestaltungsmissbrauch bei rückwirkender Verschmelzung einer
Gewinn- auf eine Verlustgesellschaft 1491

Jens Reddig

Die Rentenurteile des BFH – Handlungsauftrag an den Gesetzgeber 1496

Formwechsel der übernehmenden KapGes. als Veräußerung i.S.d.
§ 22 Abs. 2 Satz 1 UmwStG 2006 (C. Graw) 1502

Zur Steuerbarkeit sonstiger Leistungen an Unternehmer im Kontext der
Einräumung von Eintrittsberechtigungen (D. J. Rapp/A. Engelhardt/C. V. Bongers) 1503

Anerkennung von Aufwendungen für die Bewirtung von Personen aus
geschäftlichem Anlass in einem Bewirtungsbetrieb als Betriebsausgaben (BMF) 1505

Zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Gutachtertätigkeiten
im Auftrag des MDK (BFH) 1513

Wirtschaftsrecht

Bernd Kliem/Nicole Optenkamp
Das einstufige Enforcement nach dem Gesetz zur Stärkung
der Finanzmarktintegrität (FISG) 1518

Drittlandtransfers nach Schrems II – Europäischer Datenschutzausschuss
aktualisiert Empfehlungen (H. M. Wulf/T. Bardenhewer) 1524

Anfechtung eines HV-Beschlusses: Wiederwahl von pflichtvergessenen Aufsichts-
ratsmitgliedern als Verstoß gegen gesellschaftsrechtliche Treuepflicht (OLG) 1525

Arbeitsrecht

Dominik Ledwon/Stephan Sura
Neue Nuancen beim Einblicksrecht des Betriebsrats in Bruttoentgeltlisten 1533

Weniger Elterngeld durch verspätete Gehaltszahlung (T. Vößing) 1539

Arbeitsort in Zeiten der Corona-Pandemie (E. Rütz/L.-M. Hartmann) 1540

Keine Übernahme der Auskunftspflichtung nach EntgTranspG (LAG) 1544

Im Abonnement enthalten:

DER LIVE
BETRIEB
Ihre App – täglich aktuell

Owlit 
Suchen. Finden. Wissen.

Handelsblatt
FACHMEDIEN

Inhalt

MAGAZIN

Gastkommentar	M4
<i>Ulrich Prinz</i>	
Aktuelle Rechtsprechung	M6
Kurzbeiträge	M8
Impressum	M14
Meldungen	M15
Standpunkte	M18
<i>Thomas Hey</i>	

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Corporate Governance

Die Business Judgement Rule als Treiber der Evolution des Risikomanagements

*Prof. Dr. Werner Gleißner, Leinfelden-Echterdingen /
Prof. Dr. Volker Stein / Prof. Dr. Arnd Wiedemann, beide Siegen*

DB1351163 (Kurzfassung vgl. S. M8) S. 1485

STEUERRECHT

AUFSATZ

Umwandlungssteuerrecht/Abgabenordnung

Kein Gestaltungsmissbrauch bei rückwirkender Verschmelzung einer Gewinn- auf eine Verlustgesellschaft

*StB Prof. Dr. Jens Blumenberg, Hamburg / RA Thomas Bernard,
Frankfurt/M.*

DB1369271 (Kurzfassung vgl. S. M9) S. 1491

Einkommensteuer

Die Rentenurteile des BFH - Handlungsauftrag an den Gesetzgeber

RiBFH Dr. Jens Reddig, München

DB1370324 (Kurzfassung vgl. S. M10) S. 1496

KOMPAKT

Umwandlungssteuerrecht

Formwechsel der übernehmenden KapGes. als Veräußerung i.S.d. § 22 Abs. 2 Satz 1 UmwStG 2006

RiBFH Dr. Christian Graw, München

DB1369198 S. 1502

Umsatzsteuer

Zur Steuerbarkeit sonstiger Leistungen an Unternehmer im Kontext der Einräumung von Eintrittsberechtigungen

*Prof. Dr. David J. Rapp, Paris / Anne Engelhardt, LL. M. /
Christian V. Bongers, M. Sc., beide Saarbrücken*

DB1370633 S. 1503

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Gewinnermittlung

Steuerliche Anerkennung von Aufwendungen für die Bewirtung von Personen aus geschäftlichem Anlass in einem Bewirtungsbetrieb als Betriebsausgaben

BMF, Schreiben vom 30.06.2021

DB1371274 S. 1505

Umsatzsteuer

Auswirkungen der Anordnungen der vorläufigen Eigenverwaltung unter Bestellung eines vorläufigen Sachwalters und Erlass einer Anordnung i.S.v. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 InsO auf eine umsatzsteuerliche Organschaft

BMF, Schreiben vom 22.06.2021

DB1370656 S. 1507

Umsatzsteuer

Garantiezusage eines Kfz-Händlers als Versicherungsleistung

BMF, Schreiben vom 18.06.2021

DB1370334 S. 1507

ENTSCHEIDUNGEN

Umwandlungssteuerrecht

Besteuerung des Einbringungsgewinns II

BFH, Urteil vom 18.11.2020 – I R 25/18

DB1368721 S. 1508

Gewerbsteuer

Hinzurechnung von Mietzinsen bei Herstellung immaterieller Wirtschaftsgüter

BFH, Urteil vom 12.11.2020 – III R 38/17

DB1370664 S. 1511

Umsatzsteuer

**Zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Gut-
achtertätigkeiten im Auftrag des MDK (Nachfolgeent-
scheidung zum EuGH-Urteil FA D vom 08.10.2020 – Rs.
C-657/19)**

BFH, Urteil vom 24.02.2021 – XI R 30/20 (XI R 11/17)

DB1371224

S. 1513

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Kapitalmarktrecht

**Das einstufige Enforcement nach dem Gesetz zur
Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG)**

*WP/StB Dr. Bernd Kliem, München / WP/StB Jan Kosma,
Hannover / WP Nicole Optenkamp, Frankfurt/M.*

DB1369324 (Kurzfassung vgl. S. M11)

S. 1518

KOMPAKT

Datenschutz

**Drittlandtransfers nach Schrems II – Europäischer
Datenschutzausschuss aktualisiert Empfehlungen**

*RA Dr. Hans Markus Wulf / Wiss. Mit. Theresa Bardenhewer,
beide Hamburg*

DB1369883

S. 1524

ENTSCHEIDUNGEN

Aktienrecht

**Anfechtung eines HV-Beschlusses: Wiederwahl von
pflichtvergessenen Aufsichtsratsmitgliedern als Ver-
stoß gegen gesellschaftsrechtliche Treuepflicht**

OLG Stuttgart, Beschluss vom 16.12.2020 – 20 U 6/17

DB1368444

S. 1525

Insolvenzrecht

**Wirksamkeit einer Vergütungsvereinbarung mit
Gläubigerausschussmitgliedern für Überwachung der
Planerfüllung nach Insolvenzaufhebung**

BGH, Urteil vom 06.05.2021 – IX ZR 57/20

DB1369081

S. 1528

Gleichbehandlung

**Zum Verstoß gegen das zivilrechtliche Benachteil-
ungsverbot gem. § 19 AGG durch Altersbegrenzung
für Teilnahme an Veranstaltung**

BGH, Urteil vom 05.05.2021 – VII ZR 78/20

DB1369760

S. 1531

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

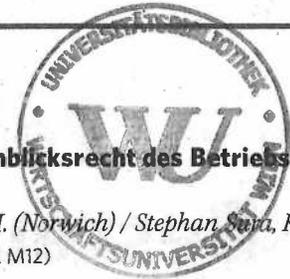
Betriebsverfassungsrecht

**Neue Nuancen beim Einblicksrecht des Betriebsrats
in Bruttoentgeltlisten**

RA Dominik Ledwon, LL.M. (Norwich) / Stephan Sura, Köln

DB1367427 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 1533



KOMPAKT

Entgeltrecht/Elternrecht

**Weniger Elterngeld durch verspätete Gehaltszahlung –
Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers**

RA Tobias Völsing, Cipp/E., Essen

DB1365006

S. 1539

Arbeitsvertragsrecht

**Recht auf Arbeitsverweigerung vs. Weisungsrecht
des Arbeitgebers hinsichtlich des Arbeitsorts in
Zeiten der Corona-Pandemie**

*RAin/FAinArbR Dr. Eva Rütz, LL.M. / Luisa-Maria Hartmann,
beide Düsseldorf*

DB1369055

S. 1540

Kündigungsrecht

**Verwertbarkeit verdeckt aufgenommener
Überwachungsvideos bei Diebstahlsvorwurf; nachträg-
liche Betriebsratsanhörung bei Verdachtskündigung**

*RAin/FAinArbR Yvonne Wolfgramm / RA Dr. Justus Redeker,
beide Frankfurt/M.*

DB1361444

S. 1541

ENTSCHEIDUNGEN

Kündigungsrecht

**(Fremd-)Geschäftsführer sind bei der Bestimmung
der Betriebsgröße gem. § 23 Abs. 3 Satz 1 KSchG nicht
zu berücksichtigen, wenn sie nicht ausnahmsweise
Arbeitnehmer i.S.v. § 611a BGB sind**

BAG, Urteil vom 27.04.2021 – 2 AZR 540/20

DB1369191

S. 1542

Entgeltrecht

**Keine Übernahme der Auskunftspflichtung
nach EntgTranspG durch den Arbeitgeber nach
Eingang des Auskunftsverlangens**

*LAG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 09.03.2021 –
24 TaBV 481/20*

DB1368195

S. 1544

Betriebliche Altersversorgung

**Höhe betrieblicher Versorgungsansprüche bei
Arbeit auf Abruf**

BAG, Urteil vom 23.02.2021 – 3 AZR 618/19

DB1368758

S. 1548

BKR

Zeitschrift 33-2190
Bank- und
Kapitalmarktrecht

Geschäftsführende Herausgeber:

Prof. Dr. Petra Buck-Heeb

Prof. Dr. Jens Koch

Prof. Dr. Philipp Maume

Herausgeber:

Prof. Dr. Markus Artz

Paul H. Assies

Dr. Heiko Beck

Prof. Dr. Jürgen Ellenberger

Dr. Markus Escher

Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann

Dr. Christian Grüneberg

Prof. Dr. Mathias Habersack

Ralf Josten

Dr. Volker Lang

Prof. Dr. Katja Langenbacher

Klaus M. Löber

Prof. Dr. Sebastian Omlor

Prof. Dr. Dörte Poelzig

Prof. Dr. Patrick Rösler

Prof. Dr. Frank A. Schäfer

Dr. Hanno Teuber

Dr. Wolfgang Weitnauer

Prof. Dr. Stefan Werner

bkr.beck.de



C.H. BECK

BKR

Bank- und
Kapitalmarktrecht

Prof. Dr. Carsten Jungmann

**Neue Rechtsfolgen bei vorzeitiger Rückzahlung
eines Verbraucherdarlehens und weitere aktuelle
Entwicklungen im Recht der §§ 491 ff. BGB**

385

Prof. Dr. Moritz Renner/Veronica Faller/Felix R. Walter

Crowdlending nach der ECSP-VO

394

Dr. Christopher Rennig

Prospektpflicht für Stock Token?

402

Prof. Dr. em. Udo Reifner

**Das auffällige Missverhältnis bei
Verbraucherdarlehensverträgen**

409

Dr. David Markworth/Benedikt Bangen

**Rechnungslegungenforcement nach dem
Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz**

417

Enis Arkat/Jurij Müller

Einsatz von Cloud-Technologie im Finanzsektor

424

EuGH, Urt. v. 10.12.2020 – C-735/19

**Mindestpreis bei Pflichtangeboten und
Beschränkung von Staatshaftungsansprüchen
– mit Anmerkung Goj**

431

VGH Kassel, Beschl. v. 22.2.2021 – 6 B 2656/20

**Widerruf der Zulassung von Aktien zur
Wertpapierbörse – mit Anmerkung Heidel**

436

BGH, Urt. v. 25.3.21 – I ZR 203/19

**Entgeltvereinbarung für Nutzung bargeldloser
Zahlungsmittel – mit Anmerkung Bronk**

446

7/2021

21. Jahrgang

Seite 385 bis 452, 14. Juli 2021



K150202107

■ Aufsätze

Prof. Dr. Carsten Jungmann, LL. M. (Yale), M. Sc. in Finance (Leicester)	Neue Rechtsfolgen bei vorzeitiger Rückzahlung eines Verbraucherdarlehens und weitere aktuelle Entwicklungen im Recht der §§ 491 ff. BGB	385
Prof. Dr. Moritz Renner/ Veronica Faller/ Felix R. Walter	Crowdlending nach der ECSP-VO	394
Dr. Christopher Rennig	Prospektpflicht für Stock Token?	402
Prof. Dr. em. Udo Reifner, Hamburg	Das auffällige Missverhältnis bei Verbraucherdarlehensverträgen	409
Dr. David Markworth/ Benedikt Bangen	Rechnungslegungenforcement nach dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz	417
Enis Arkat/Jurij Müller	Der Einsatz von Cloud-Technologie im Finanzsektor	424

■ Rechtsprechung

Kapitalmarktrecht

EuGH	10.12.2020 – C-735/19	Mindestpreis bei Pflichtangeboten und Beschränkung von Staatshaftungsansprüchen – mit Anmerkung v. Dr. Philip Goj	431
VGH Kassel	22.2.2021 – 6 B 2656/20	Widerruf der Zulassung von Aktien zur Wertpapierbörse mit Anmerkung v. Dr. Thomas Heidel	436
EFTA-Gerichtshof	18.6.2021 – E-10/20	Öffentliches Angebot von Wertpapieren	442
BGH	1.12.2020 – II ZB 19/19	Bestimmung des Streitwerts im Rechtsbeschwerdeverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz	445

Bankaufsichtsrecht

BGH	29.4.2021 – III ZR 41/20	Rückzahlbare Gelder, Container- und Einlagengeschäft	446
-----	--------------------------	--	-----

Zahlungsverkehrsrecht

BGH	25.3.2021 – I ZR 203/19	Zulässige Vereinbarung eines Entgelts für Nutzung bargeldloser Zahlungsmittel – mit Anmerkung v. Benjamin Bronk	446
-----	-------------------------	---	-----

NZG

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z196

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Das gesamte Recht der Personen- und Kapitalgesellschaften mit M&A,
Handels- und Kapitalmarktrecht, Insolvenz-, Steuer- und Bilanzrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Prof. Dr. Alfred Bergmann
Prof. Dr. Wulf Goette
Prof. Dr. Jürgen Götz
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Joachim Hennrichs
Prof. Dr. Dieter Leuering
Prof. Dr. Hanno Merkt
Prof. Dr. Peter O. Mühlbert
Dr. Bernhard Schaub
Dr. Kersten von Schenck
Dr. Sven H. Schneider
Prof. (em.) Dr. Dres. h. c.
Harm Peter Westermann
Dr. Hildegard Ziemons
www.nzg.beck.de

Aus dem Inhalt

- J. Schmidt*
DiRUG – Auf dem Weg in ein digitale(re)s
Gesellschafts- und Registerrecht (Editorial) 849
- K. Krolop*
Ergänzungen und Änderungen bei den Bausteinen
einer Governance der Abschlussprüfung in der finalen
Fassung des FISG 853
- E. Homborg/P. Landahl*
FISG – Ist die Verschärfung der Abschlussprüferhaftung
die richtige Antwort auf den Wirecard Skandal? 859
- J.-P. Bost*
Das neue Auskunftsrecht der Mitglieder des
Prüfungsausschusses gemäß § 107 IV 4 AktG nF 865
- LG Köln*
Beschlussfassung in der digitalen Hauptversammlung –
Regelung des Nachweisstichtags 872
- OLG Frankfurt a. M.*
Keine Bagatellgrenze nach § 246a II Nr. 2 AktG bei
Freigabeverfahren für Kapitalherabsetzungsbeschluss 875
- BGH*
Keine Einschränkung der Vertretungsmacht durch
Stiftungszweck 877
- OLG Düsseldorf*
Bestellung eines Notgeschäftsführer bei fehlender
organschaftlicher Vertretung 882

Mit Beitragsteil
zum FISG



C.H. BECK

20/2021

7. Juli 2021

24. Jahrgang S. 849–896



8250202120

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 20/2021



Mit Beitragsteil zum FISG

Inhalt

Editorial	<i>J. Schmidt</i> , DiRUG – Auf dem Weg in ein digitale(re)s Gesellschafts- und Registerrecht	849	
Report	MoPeG, Stiftungsrechtsreform, Handelsrecht, Urheberrecht, FISG, Kostenrecht	851	
Aufsätze	<i>K. Krolop</i> , Ergänzungen und Änderungen bei den Bausteinen einer Governance der Abschlussprüfung in der finalen Fassung des FISG	853	
	<i>E. Homborg/P. Landahl</i> , FISG – Ist die Verschärfung der Abschlussprüferhaftung die richtige Antwort auf den Wirecard Skandal?	859	
	<i>J.-P. Bost</i> , Das neue Auskunftsrecht der Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß § 107 IV 4 AktG nF	865	
Bericht	<i>G. Burwitz</i> , Neuere Entwicklungen im Steuerrecht – Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes	869	
Rechtsprechung			
<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>			
LG Köln	4.3.21 – 91 O 12/20	Beschlussfassung in der digitalen Hauptversammlung – Regelung des Nachweisstichtags	872
KG	18.2.21 – 2 AktG 1/21	Anerkenntnis im Freigabeverfahren	874
OLG Frankfurt a.M.	15.12.20 – 5 AktG 2/20	Keine Bagatellgrenze nach § 246a II Nr. 2 AktG bei Freigabeverfahren für Kapitalherabsetzungsbeschluss	875
<i>Stiftungsrecht</i>			
BGH	15.4.21 – III ZR 139/20	Keine Einschränkung der Vertretungsmacht durch Stiftungszweck	877
<i>Handels- und Registerrecht</i>			
OLG Düsseldorf	10.2.21 – 3 Wx 5/21	Bestellung eines Notgeschäftsführer bei fehlender organschaftlicher Vertretung	882
OLG Bbg.	4.1.21 – 7 W 97/20	Beschränkte Beschwerdeberechtigung bei Ablehnung einer Handelsregistereintragung	885

OLG Düsseldorf	24.3.21 – Kart 2/19 (V)	EuGH-Vorlage betreffend Kompetenz nationaler Kartellbehörde iRd DSGVO – Facebook Ireland (Ls.)	886
----------------	-------------------------	--	-----

Steuerrecht

EuGH	25.2.21 – C-403/19	Ausgleich der Doppelbesteuerung von Dividenden	887
BFH	12.11.20 – IV R 29/18	Wegfall gewerbsteuerlicher Fehlbeträge bei Abspaltung	890
BFH	1.10.20 – VI R 11/18	Arbeitslohn bei Übernahme der Beiträge zu einer Berufshaftpflichtversicherung einer angestellten Rechtsanwältin durch den Arbeitgeber	893

Sonstiges Zivilrecht

OLG Bbg.	10.2.21 – 4 U 18/20	Verwirkung des Anspruchs eines GmbH-Geschäftsführers auf Tantiemenzahlung wegen angeblichen Spesenbetrugs (Ls.)	896
----------	---------------------	---	-----

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwältin *Dr. Melanie Döge, LL.M.*, Büroanschrift: Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.; Telefon: (0 69) 75 60 91-0, -44; Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de
Internet: www.nzg.beck.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwältin *Dr. Melanie Döge, LL.M.* (verantwortlich für den Textteil); Rechtsanwältin *Anett Hoffmann*; Rechtsanwältin *Jennifer Böhner, LL.M.*; *Maiko Goldbach* (Schlussredaktion).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9,

80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-609, Telefax (0 89) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Mehling*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2021: Jährlich € 459,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 419,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 17,- (inkl. MwSt.). **Versandkosten** jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestei- und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: HOLZMANN DRUCK GmbH & Co. KG, Gewerbestraße 2, 86825 Bad Wörishofen.



chbeck.de/nachhaltig

DE GRUYTER

2021 · BAND 31 · HEFT 7
ISSN 1439-1589 · e-ISSN 1612-7056

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z184

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR

WIRTSCHAFTS- UND INSOLVENZRECHT DZWIR

SCHRIFTFÜHRUNG
Rechtsanwalt *Michael Schmidt*

DE
—
G

www.degruyter.com/dzwir

Inhalt

Aufsätze

Dr. iur. Friedrich L. Cranshaw
Informationsfreiheitsgesetz, Datenschutz, Abwehr zivilrechtlicher Ansprüche durch öffentliche Organisationen – und der EuGH. Zugleich Besprechung des EuGH-Urteils vom 10. 12. 2020 – C-620/19 – »J & S Service«, DZWIR 2021, 393 — **361**

Dr. iur. Michael Hippeli, LL. M., MBA (MDX) / Prof. Dr. iur. Kai Litschen
Das Zweite Führungspositionengesetz (FüPoG II) und der Vorstand der Aktiengesellschaft. Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst — **382**

Prof. Dr. iur. Tilo Keil
Zahlungspflicht des Gewerberaummieters im pandemiebedingten Lockdown? Das Urteil des OLG Dresden vom 24. 2. 2021 – 5 U 1782/20 und die obergerichtliche Rechtsprechung — **387**

Rechtsprechung

Europäische Gerichtsbarkeit
 EuGH, Urteil vom 10. 12. 2020 – C-620/19 – J & S Service (Besprechung Dr. iur. Friedrich L. Cranshaw, S. 361)
Finanzbehördliche Auskunftspflichten gegenüber Insolvenzverwaltern — **393**

Finanzgerichtsbarkeit
 BFH, Urteil vom 17. 11. 2020 – VIII R 20/18
Steuerbarkeit des insolvenzbedingten Untergangs von Aktien — **398**

Zivilgerichtsbarkeit
 BGH, Urteil vom 22. 10. 2020 – IX ZR 208/18
Insolvenzanfechtung bei vermeintlich gleichwertigem Austausch — **402**

BGH, Urteil vom 29. 10. 2020 – IX ZR 212/19
Missbräuchliches, für den Vertretenen nachteiliges Insichgeschäft — **406**

BGH, Beschluss vom 10. 12. 2020 – IX ZB 24/20
Insolvenzantrag trotz dinglicher Sicherung — **409**

BGH, Urteil vom 10. 12. 2020 – IX ZR 24/20
Fortbestehende Zwangshypothek nach Restschuldbefreiung — **411**

BGH, Beschluss vom 17. 12. 2020 – IX ZB 38/18
Festsetzung der Stimmrechte vor Abstimmung über einen Insolvenzplan — **412**

BGH, Beschluss vom 10. 3. 2021 – VII ZB 24/20
Unpfändbarkeit zweckgebundener Corona-Soforthilfe — **415**

BGH, Beschluss vom 13. 4. 2021 – II ZB 13/20
GmbH-Firmierung mit dem Begriff »partners« — **417**

Nachrichten

EuGH-GA, Überprüfung der CILFIT-Kriterien zur Vorlagepflicht nationaler Gerichte (Schlussanträge vom 15. 4. 2021 – C-561/19) — **419**

EuGH, Internationale Zuständigkeit gemäß EuGVVO (Urteil vom 20. 5. 2021 – C-913/19) — **419**

BAG, Zinssatz bei Übergang von Betriebsrentenansprüchen auf den PSV (Urteil vom 18. 5. 2021 – 3 AZR 317/20) — **419**

BGH, Beweislast bei Anlagemodell sog. Schneeballsystems (Versäumnisurteil vom 4. 2. 2021 – III ZR 7/20) — **419**

BGH, Gerichtsstand für Klage auf Unterlassung rechtswidriger Geschäftspraktiken (Urteil vom 10. 2. 2021 – KZR 66/17 »Wikingerhof«) — **420**

BGH, Eintragung des Ausscheidens eines Geschäftsführers (Beschluss vom 9. 3. 2021 – II ZB 33/20) — **420**

BGH, Unbeachtliche Einrede einer Schiedsvereinbarung (Urteil vom 20. 4. 2021 – II ZR 29/19) — **420**

BT, BR, Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts (BR-Drs. 467/21) — **420**



Geschäftsführende Herausgeber:

Prof. Dr. Reinhard Bork, Hamburg

RA Dr. Bruno M. Kübler, Köln/Dresden

Sylvia Fiebig

StaRUG – eine Auswertung der ersten praktischen Fälle

S. 561

EuGH, 3. 6. 2021

Berichtigung des Vorsteuerabzugs bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens („Administrația Județeană a Finanțelor Publice Suceava u. a.“)

S. 570

BVerfG, 3. 5. 2021

Verfassungsbeschwerde in einer Insolvenzanfechtungssache wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs

S. 574

BGH, 4. 5. 2021

Zeitliche Begrenzung der Haftsumme des Kommanditisten für Altverbindlichkeiten

S. 577

BFH, 19. 1. 2021

Insolvenzrechtliche Begründung einer Insolvenzforderung

S. 582

OLG Frankfurt/M., 28. 4. 2021

Vergütungsansprüche des Abschlussprüfers für vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens erbrachte Tätigkeiten

S. 586

LG Aachen, 14. 4. 2021

Schadensersatzanspruch gegen Sanierungsberater wegen fehlerhafter Beratung

S. 598

Geschäftsführende Herausgeber:

Prof. Dr. Reinhard Bork, Hamburg
RA Dr. Bruno M. Kübler, Köln/Dresden

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Moritz Brinkmann, Bonn
RA Prof. Dr. Lucas Flöther, Halle
Prof. Dr. Florian Jacoby, Bielefeld
Vors. Richter am BGH a. D.
Prof. Dr. Godehard Kayser, Karlsruhe
RA Prof. Dr. Christian Pleister, Berlin
Prof. Dr. Carsten Schäfer, Mannheim

RAin Dr. Alexandra Schluck-Amend, Stuttgart
RA Dr. Jens M. Schmidt, Wuppertal
Prof. Dr. Dominik Skauradzun, Fulda
RA Dr. Andreas Spahlinger, Stuttgart
Prof. Dr. Christoph Friebe, Köln
RA Dr. Lars Westpfahl, Hamburg
WP/StB Karsten Zabel, Essen



Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Sylvia Fiebig, Hamburg

StaRUG – eine Auswertung der ersten praktischen Fälle 561

Rechtsprechung

Insolvenzrecht

EuGH v. 3. 6. 2021 – Rs C-182/20

Berichtigung des Vorsteuerabzugs bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens („Administrația Județeană a Finanțelor
Publice Suceava u. a.“) 570

BVerfG v. 3. 5. 2021 – 2 BvR 1176/20

Verfassungsbeschwerde in einer Insolvenzanfechtungssache wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs 574

BGH v. 4. 5. 2021 – II ZR 38/20 +

Zeitliche Begrenzung der Haftsumme des Kommanditisten für Altverbindlichkeiten 577

BFH v. 19. 1. 2021 – VII R 38/19

Insolvenzrechtliche Begründung einer Insolvenzforderung 582

Sämtliche Ausgaben auf zri-online.de mit komfortabler Suchfunktion – für Abonnenten kostenfrei.

OLG Frankfurt/M. v. 28. 4. 2021 – 4 U 72/20

Vergütungsansprüche des Abschlussprüfers für vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens erbrachte Tätigkeiten 586

LG Münster v. 4. 5. 2021 – 5 T 448/17

Vergütung für Forderungsprüfung des Sonderinsolvenzverwalters 595

LG Berlin v. 29. 4. 2021 – 84 T 152/19

Bestimmung der Berechnungsgrundlage der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters 597

LG Aachen v. 14. 4. 2021 – 11 O 241/17

Schadensersatzanspruch gegen Sanierungsberater wegen fehlerhafter Beratung 598

Literatur

Sebastian Harder, Bonn

Paulus, EulnsVO, 6. Aufl., 2021 608

RWS-Mitarbeiter-Webinar IGOI

Dienstag, 14. September 2021 von 9.30 Uhr bis Mittwoch, 15. September, 12.45 Uhr

Das Insolvenzbüro – optimal organisiert

Strukturieren – Optimieren – Verfahren effektiv abwickeln

Inkl. Zeitmanagement und Tipps fürs Homeoffice

▶ WEBINAR

Informationen/Anmeldung unter
rws-seminare.de/2211406



Die Themen

- Tools zur effizienten Bearbeitung von Insolvenzverfahren
 - Fristenmanagement – was muss? – was kann?
 - Berücksichtigung für die Insolvenzstatistik
 - Verjährungsfristen beachten
 - Doppelarbeit und unnötige Arbeitsschritte vermeiden
 - „Papierlos“ zu weniger Aufwand
- Zeitmanagement
 - Planen und organisieren der Aufgaben und eigenen Arbeit
 - Psst ... Bitte nicht stören! – Störungen abbauen
 - Aufgaben delegieren – aber wie?
- beA und die Einbindung in die Kanzleiabläufe
 - Grundlagen des Elektronischen Rechtsverkehrs
 - Posteingang via beA organisieren – Vorsicht Fristen!
 - Signaturen prüfen – welche Signatur ist wann notwendig?
 - Dokumente via beA versenden – Postausgangsprüfung
- Besprechungen – effizient und zielorientiert
- Arbeiten im Homeoffice und Tipps für Videokonferenzen
- Datenschutz – auch im Homeoffice!

Ihre Referentin



Claudia Radschuwait ist im Bereich Insolvenzdienstleistungen bei der Firma Siegfried Solutions in Osthofen beschäftigt. Sie ist seit 1997 als Insolvenzfachbearbeiterin tätig. Claudia Radschuwait absolvierte zunächst eine Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten sowie anschließend ein Studium zur Rechtswirtin (FSH). Sie ist Qualitätsmanagementbeauftragte, Datenschutzbeauftragte sowie Business Coach (BZTB e.V.). Zudem ist sie als Referentin insbesondere für Seminare zu den Themenbereichen IK-/IN-Stundungs- und Restschuldbefreiungsverfahren, Tabellenführung und Büroorganisation tätig.

Teilnahmegebühr: € 549,00 zzgl. MwSt. (= brutto € 653,31)
inkl. Teilnehmerunterlagen zum Download

RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH & Co. KG · Aachener Str. 222 · 50931 Köln
Telefon (0221) 400 88 30 · Fax (0221) 400 88 77 · seminar@rws-verlag.de · rws-seminare.de



RWS Verlag
Kommunikationsforum

SpUR

D3-Z338

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Zeitschrift für Sport und Recht



In Verbindung mit der Deutschen
Vereinigung für Sportrecht e.V. –
Konstanzer Arbeitskreis für Deutsches
und Internationales Sportrecht –
und der International Sports Lawyers'
Association (ISLA)

herausgegeben von
Dr. Jörg Englisch (DFB)
Dr. Jochen Fritzweiler
Prof. Dr. Matthias Jahn
Dr. Christian Krähe
Dr. Stephan Netzle
Prof. Dr. Jan F. Orth, LL.M., VRiLG
Prof. Dr. Bernhard Pfister †
Dr. Clemens Prokop (DLV)
Dr. Reinhard Rauball (DFL)
Prof. Dr. Udo Steiner
Dr. habil. Martin Stopper
Prof. Dr. Rudolf Streinz
Dr. Thomas Summerer
Prof. Dr. Klaus Vieweg
Prof. Dr. Wolf-Dietrich Walker

www.spurt.de



4/2021

Juli/August 28. Jahrgang
Seiten 185 bis 248

Aus dem Inhalt

- K. Vieweg*
Legal Aid für CAS-Verfahren – eine zweifelhafte Hilfe 185
- E. Hoven/M. Kubiciel*
Das Anti-Doping Gesetz in der Praxis 186
- C. Hautkappe*
Das JArbSchG und die Beschäftigung Jugendlicher in der
Fußball-Bundesliga – Quo vadis? 194
- M. Schütz/L. Schütz/S. Schütz*
Zur Befristung von Trainerverträgen im Profifußball wegen
des Nachlassens der Motivationskraft 198
- M. Merwald*
„Wechselverbot“ im bayerischen Amateurfußball während der
COVID 19-Pandemie – Verstoß gegen Art. 12 Abs. 1 GG? 202
- P. Petschinka/S. Reifeltshammer*
Wesentliche Neuerungen im österreichischen
Anti-Doping-Recht 207
- A. Fischer*
Lässt sich die reale Verletzungskausalität des Sportwett-
betruges (265 c StGB) empirisch belegen? 211
- BGH*
Doping-Urteil gegen Felix Sturm rechtskräftig 215
- OLG Düsseldorf*
Umfang der Schadenersatzansprüche bei rechtswidrigen
Verbandssanktionen 215
- LG Münster*
IfSG-Entschädigungsanspruch des Clubs für den Lohn des
abgesonderten Fußballprofis (m. Anm. Fischinger) 220
- LG Mannheim*
Kein Aufstiegsrecht in die Regionalliga nach
Corona-bedingtem Saisonabbruch 224



8650202104

28. Jahrgang
Heft 4/2021 Juli/August
Verlag C.H.BECK
Wilhelmstr. 9, 80801 München
Telefon 089/3 81 89-0
LexisNexis Verlag
ARD Orac GmbH & Co KG
Marxergasse 25, A-1030 Wien
Telefon +43-1-534 52-0
Helbig Lichtenhahn Verlag
Elisabethenstr. 8, CH-4051 Basel
Telefon +41 (0)61 228 90 70

SpURt

Zeitschrift für Sport und Recht

Zeitschrift für Sport und Recht
erscheint zweimonatlich
Jahresabo € 219,- [D]/€ 219,- [A]/
CHF 248,- zuzüglich Versandkosten
Einzelheft € 10,- [D]/€ 10,- [A]/
CHF 4,- zuzüglich Versandkosten



Inhalt

Editorial

- Legal Aid für CAS-Verfahren – eine zweifelhafte Hilfe *K. Vieweg* 185

Abhandlungen

- Das Anti-Doping Gesetz in der Praxis *E. Hoven/M. Kubiciel* 186

Aufsätze

- Das ArbSchG und die Beschäftigung Jugendlicher in der Fußball-Bundesliga – Quo vadis? *C. Hautkappe* 194
- Zur Befristung von Trainerverträgen im Profifußball wegen des Nachlassens der Motivationskraft *M. Schütz/L. Schütz/S. Schütz* 198
- „Wechselerbot“ im bayerischen Amateurfußball während der COVID 19-Pandemie – Verstoß gegen Art. 12 Abs. 1 GG? *M. Merwald* 202
- Wesentliche Neuerungen im österreichischen Anti-Doping-Recht *P. Petschinka/S. Reifeltshammer* 207
- Lässt sich die reale Verletzungskausalität des Sportwettbetruges (265 c StGB) empirisch belegen? *A. Fischer* 211

Rechtsprechung

- *Kurzübersicht* 215
- *Ordentliche Gerichtsbarkeit*
 - BGH: Doping-Urteil gegen Felix Sturm rechtskräftig 215
 - OLG Düsseldorf: Umfang der Schadenersatzansprüche bei rechtswidrigen Verbandssanktionen 215
 - LG Münster: IfSG-Entschädigungsanspruch des Clubs für den Lohn des abgesonderten Fußballprofis (*m. Anm. Fischinger*) 220
 - LG Mannheim: Kein Aufstiegsrecht in die Regionalliga nach Coronabedingtem Saisonabbruch 224

LG München I: Keine einstweilige Verfügung gegen Abstieg aufgrund Anwendung der Quotientenregel	229
LG Stuttgart: Annullierung der Fußball-Oberliga Meisterschaftsrunde aufgrund der Corona-Pandemie	231
• Arbeitsgerichtsbarkeit	
ArbG Hannover: Befristung des Arbeitsvertrags eines Sportdirektors (m. Anm. Lutzebäck)	236
• Verbandsgerichtsbarkeit	
DFB-Bundesgericht: Rechtmäßigkeit des Punktabzugs im Insolvenzfall	241
FLVW-Verbandssportgericht: Beschränkung der automatischen Sperre nach Gelb-Roter-Karte wegen der Covid-19-Pandemie (m. Anm. Meier)	243

Schaufenster

• Nächste Runde bei den Memminger Stadtbachfischern	246
• Startschuss für das Junge Netzwerk Sportrecht	246
• Fischinger/Reiter: Das Arbeitsrecht des Profisports (Rez. Orth)	247
• Dasgupta: The World Anti-Doping Code: Fit for Purpose? (Rez. Kornbeck)	248

ISSN 0945-3873

SpURt- Zeitschrift für Sport und Recht

Herausgegeben in Verbindung mit der Deutschen Vereinigung für Sportrecht e.V. – dem Konstanzer Arbeitskreis für Deutsches und Internationales Sportrecht – und der ISLA (International Sports Lawyers' Association).

Redaktion u. Schriftleitung:
VRiLG Prof. Dr. Jan F. Orth, LL.M., Forschungsstelle Sportrecht der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Tel.: 0221/97 59 94-00, Fax: 0221/97 59 94-02, E-Mail: spurt@beck.de

Verantwortlich für den Textteil:
VRiLG Prof. Dr. Jan F. Orth, LL.M., Forschungsstelle für Sportrecht der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Tel.: 0221/97 59 94-00, Fax: 0221/97 59 94-02, E-Mail: spurt@beck.de.
Für die Schweiz: Rechtsanwalt Dr. Stephan Netzle, LL.M., Falkenstr. 27, CH-8024 Zürich, Tel.: +41-44-2 66 21 00, Fax +41-44-2 66 21 01.

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Mehling c/o Verlag C.H. BECK, Postfach 40 03 40, 80703 München.

Korrespondenten für Österreich:
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Resch, Institut für Recht der sozialen Daseinsvorsorge und Medizinrecht, Johannes-Kepler-Universität Linz, Altenberger Str. 69, A-4040 Linz, Tel.: +43-732-24 68 35 01; Univ.-Prof. Dr. Peter G. Mayr, Institut für Zivilgerichtliches Verfahren, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Innrain 52, A-6020 Innsbruck, E-Mail: Peter.G.Mayr@uibk.ac.at Tel.: +43-512 507 8154, Fax: +43-512 5072827.

Internet-Homepage:
<http://www.spurt.de>

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Ge-

nehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Tel.: 089/3 81 89-0, Fax: 089/3 81 89-398, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDE33XXX.
Amtsgericht München, HRA 48045
Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimonatlich

Bezugspreise 2021:
Deutschland: Jahresabo € 219,- (inkl. MwSt.), **Vorzugspreis** für Mitglieder der ARGE Sportrecht im DAV und Mitglieder der Deutschen Vereinigung für Sportrecht DVSR € 175,- (inkl. MwSt.), **Einzelheft:** € 41,- (inkl. MwSt.).
Jeweils **zuzüglich** Versandkosten.
Österreich: Jahresabo € 219,- (inkl. MwSt.), **Einzelheft:** € 40,- (inkl. MwSt.), jeweils **zuzüglich** Versandkosten.
Schweiz: Jahresabo CHF 248,- (inkl. MwSt.), **Einzelheft:** CHF 46,- (inkl. MwSt.).
Jeweils **zuzüglich** Versandkosten.

Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag (Deutschland: C.H.BECK; Österreich: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG, Marxergasse 25, A-1030 Wien; Schweiz: Helbing Lichtenhahn Verlag, Elisabethenstrasse 8, CH-4051 Basel).

KundenServiceCenter:
Deutschland: Tel.: 089/3 81 89-750, Fax: 089/3 81 89-358, kundenservice@beck.de.
Österreich: Tel.: +43-1-534 52-0, Fax: +43-1-534 52-141, E-Mail kundenservice@lexisnexis.at.
Schweiz: Tel.: +41 61 228 90 20, Fax +41 61 228 91 50, E-Mail zeitschriften@helbing.ch

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Bundespost dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.Beck, Bergerstraße 3-5, 86720 Nördlingen.

Betriebs Berater

D3-Z11

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Janre

28|2021

M&A ... Kapitalgesellschaftskonzern ... Produktrückruf ... Geldsanktionen ... Recht ... 12.7.2021 | 76. Jg. Seiten 1665–1728



DIE ERSTE SEITE

Markus Künzel, RA

Vom Star zum Auswechselspieler – Umfassende Änderungen des Befristungsrechts geplant

WIRTSCHAFTSRECHT

Dr. Jens Peter Schmidt, RA, und Dr. Till Steinvorth, RA

Fusionskontrolluntersuchungen durch die EU-Kommission ohne Anmeldepflicht – neue Herausforderungen für die M&A-Transaktionspraxis | 1666

Dr. Karl-Heinz Thume, RA

Beim Ausgleichsanspruch kehrt keine Ruhe ein: Berechnung anhand der Unternehmervorteile gem. § 89b Abs. 1 Nr. 1 HGB | 1672

STEUERRECHT

Lars Behrendt, StB, und Bogdan Hinz, StB/FBIStR

Steuerpflicht von Dividenden und Kapitalauskehrungen im Kapitalgesellschaftskonzern – Teil II | 1686

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Dr. Arun Kapoor, RA, und Larissa Fahrmeier

Produktrückruf als gemanagte Krisensituation – optimales Ineinandergreifen von rechtlicher und operativer Umsetzung | 1706

ARBEITSRECHT

Prof. Dr. Gerrit Horstmeier

Zur Übernahme von Geldsanktionen gegen ein Vorstandsmitglied durch das Unternehmen – eine Betrachtung aus aktuellem Anlass | 1716

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Vorsatzanfechtung – Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners kann generell nicht auf nur drohende Zahlungsunfähigkeit gestützt werden (6.5.2021 – IX ZR 72/20)

BGH: Insolvenzanfechtung – keine unentgeltliche Leistung bei Zahlung einer Vermittlungsprovision trotz zivilrechtlicher Anfechtbarkeit der Hauptverträge (10.6.2021 – IX ZR 157/20)

BGH: Unwirksamkeit einer Widerrufsbelehrung (20.5.2021 – III ZR 126/19)

OLG Frankfurt a. M.: eBay muss Angebote bei Verstößen gegen Produktsicherheitsvorschriften sperren (24.6.2021 – 6 U 244/19)

OLG Braunschweig: Widerruf eines Verbraucherdarlehensvertrags – Gerichtsstand des Erfüllungsorts für negative Feststellungsklage des Darlehensnehmers (21.6.2021 – 11 U 67/20)

Aufsätze

Dr. Jens Peter Schmidt, RA, und Dr. Till Steinvorth, RA

M&A

Fusionskontrolluntersuchungen durch die EU-Kommission ohne Anmeldepflicht – neue Herausforderungen für die M&A-Transaktionspraxis

Die kartellrechtliche Prüfung von Transaktionen ist und bleibt ein Fokus der Kartellrechtsdurchsetzung in der Europäischen Union. Die Zuständigkeiten für die Fusionskontrolle sind im Grundsatz zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten klar verteilt. Zunehmend aber sind Kommission und nationale Kartellbehörden der Auffassung, dass bestimmte Unternehmensübernahmen trotz ihres hohen Schädlichkeitspotenzials für den Wettbewerb durch das Raster der Zuständigkeiten fallen, weil sie wegen zu geringer Umsätze der beteiligten Unternehmen weder bei der Kommission noch in Mitgliedstaaten angemeldet werden müssen. Die Kommission hat nun beschlossen, den in Art. 22 FKVO verankerten Verweisungsmechanismus „umzudeuten“, um auf diese Weise ihre Zuständigkeit für Zusammenschlüsse zu begründen, für die sie originär nicht zuständig ist. Die mächtige Unionsbehörde hat sich damit einen Weg geebnet, Transaktionen – selbst nach deren Vollzug – zu prüfen, die gar keiner Anmeldepflicht unterliegen, weder bei der Kommission in Brüssel noch bei den Kartellbehörden der Mitgliedstaaten. Bereits laufende Verfahren belegen, dass es die Kommission ernst meint.

Dr. Karl-Heinz Thume, RA

Beim Ausgleichsanspruch kehrt keine Ruhe ein: Berechnung anhand der Unternehmervorteile gem. § 89b Abs. 1 Nr. 1 HGB

Schon vor fast 20 Jahren hat sich *Wolfram Küstner* unter der nahezu gleichen Überschrift mit dem Ausgleichsanspruch – damals ging es um den des Versicherungsvertreeters – auseinandergesetzt (VersR 2002, 513). Er hat bis heute Recht behalten. Der Beitrag befasst sich nun mit dem in der Rechtsprechung und Literatur immer noch weitgehend ungeklärten und strittigen Problem des Ausgleichsanspruchs des Handelsvertreeters/Vertragshändlers und Franchisenehmers gemäß bzw. analog § 89b HGB, wenn dieser nicht anhand der nachvertraglichen Provisions- bzw. Vergütungsverluste des Vertriebsmittlers, sondern auf der Grundlage der nachvertraglichen Unternehmervorteile geltend gemacht wird.

Entscheidungen

BGH: Ein vom bisherigen Vorstand beauftragter Rechtsanwalt kann sich nicht auf die negative Publizität des Vereinsregisters berufen (11.5.2021 – II ZB 32/209)

BGH: Anwaltliche Sorgfaltspflichten bei Übermittlung fristwahrender Schriftsätze über das beA (11.5.2021 – VIII ZB 9/20)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: „Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Bei der Steuerverwaltung nicht erklärte Umsätze, über die keine Rechnung ausgestellt wurde – Betrug“ (17.6.2021 – C-58/20 und C-59/20)

BFH: Steuerpflicht der Zinsen aus einer Kapitallebensversicherung bei Umschuldung eines sog. Neudarlehens (12.4.2021 – VIII R 6/18)

BFH: Umsatzsteuerrechtliches Entgelt bei „0%-Finanzierung“ (24.2.2021 – XI R 15/19)

BFH: Aufwendungen für den Blindenführhund einer in der Kanzlei des Ehemanns mitarbeitenden Rechtsanwältin (8.4.2021 – VIII B 86/20)

FG Hamburg: Kein steuerfreier Sanierungsgewinn bei Erlass einer Forderung aus ausschließlich eigennützigem Interesse des Gläubigers (12.6.2020 – 5 K 160/17)

Aufsatz

Lars Behrendt, StB, und Bogdan Hinz, StB/FBIStR

Kapitalgesellschaftskonzern

Steuerpflicht von Dividenden und Kapitalauskehrungen im Kapitalgesellschaftskonzern – Teil II

Nachdem in Teil I die ertragsteuerliche Behandlung der Auszahlung von Gewinnen bzw. Kapital von Tochtergesellschaften bei inländischen Kapitalgesellschaften betrachtet wurde, beschäftigt sich Teil II mit den Rechtsfolgen bei ausländischen Kapitalgesellschaften (Teil II von II).

Entscheidung

FG Köln: Auskunftersuchen an die luxemburgische Steuerverwaltung aufgrund eines Ankaufs einer sog. Steuerdaten-CD (28.12.2020 – 2 V 1217/20 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Jost Schützeberg**)

1665

1684

1666

1685

1672

Neuerscheinung Buch

Moos/Schefzig/Arning

Praxishandbuch DSGVO

2. Auflage 2021, Handbuch, 1.414 S., geb., € 199,-

ISBN: 978-3-8005-1728-2/Infos unter: shop.ruw.de/17282

BetriebsBerater

BB-FACHKONFERENZ
Grundsteuerreform

» 6. Oktober 2021 | Hilton Frankfurt City Centre
<https://veranstaltungen.ruw.de/grst>

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1704

Rechnungslegung

Europäische Kommission: Übernahme von vier IASB-Verlautbarungen

EFRAG: Endorsement Status Report

DRSC: Beschluss zur Einrichtung eines Fachausschusses „Nachhaltigkeitsberichterstattung“

Wirtschaftsprüfung

IDW: IDW RH FAB 1.021 zur Bewertung von Rückstellungen für rückgedeckte Altersversorgungsverpflichtungen

IDW: Hinweis der BaFin zu Änderungen des § 15 KWG (Organ-kredite)

IDW: Hinweise der BaFin zur Offenlegungs- und Taxonomie-Verordnung

IDW: Pflicht zur Einreichung eines Wirtschaftsprüferberichts über die Prüfung des ersten Bilanzdatenmeldebogens

Finanzierung

BMWi/KfW: „Nullzinsen“ für die Finanzierung von Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben

Betriebswirtschaft

PwC: Deutschland unter den weltweiten Top 750 nur noch mit 96 Familienunternehmen vertreten

Aufsatz

Produktrückruf

Dr. Arun Kapoor, RA, und Larissa Fahrmeier

1706

Produktrückruf als gemanagte Krisensituation – optimales Ineinandergreifen von rechtlicher und operativer Umsetzung

Rückrufaktionen von Produkten sind kein branchenspezifisches Phänomen. Im Gegenteil, sie betreffen die Automobilindustrie ebenso wie den Maschinen- und Anlagenbau, die Bekleidungs- und Textilindustrie, die Unterhaltungselektronik oder die Lebensmittelindustrie. Was alle Produktrückrufe branchenübergreifend gemeinsam haben, ist die Notwendigkeit, den Rückruf sowohl juristisch optimal und gesetzeskonform zu begleiten, als auch operativ im Unternehmen die richtigen Aktionen in der richtigen Reihenfolge für einen reibungslosen Ablauf durchzuführen. Der Überblick skizziert die typischen Problemfelder bei der Begleitung eines Produktrückrufs im B2C-Bereich.

Entscheidung

FG Köln: Entnahme eines Wirtschaftsguts als anschaffungs-

ähnlicher Vorgang im Rahmen des § 6 Abs. 1 Nr. 1a S. 1 EStG

(25.2.2021 – 11 K 2686/18 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Florian Kleinmanns, StB/RA/FAStR)

1711

Neuerscheinung Buch

Hommel/Dehmel

Unternehmensbewertung case by case

8. Auflage 2021, 395 S., Broschur, € 42,-

ISBN: 978-3-8005-1771-8 / Infos unter: shop.ruw.de/17718

Neuerscheinung Buch

Omlor/Link

Kryptowährungen und Token

1. Auflage 2021, Handbuch, 1.072 S., geb., € 189,-

ISBN: 978-3-8005-1739-8/ Infos unter: shop.ruw.de/17398

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1715

Entscheidungen

BAG: Beschäftigung im Straßentransport – Höchstarbeitszeiten – Verhältnis von § 21a Abs. 4 ArbZG zu § 3 Satz 2 ArbZG (19.5.2021 – 5 AS 2/21)

BAG: Betriebliche Altersversorgung – Anpassung – gewerkschaftlicher Arbeitgeber – Vermögenstrennung (23.2.2021 – 3 AZR 15/20)

LAG Nürnberg: Kündigung – Maßregelungsverbot – Ablehnung von Kurzarbeit (18.3.2021 – 4 Sa 413/20)



Aufsatz

Geldsanktionen

Prof. Dr. Gerrit Horstmeier

1716

Zur Übernahme von Geldsanktionen gegen ein Vorstandsmitglied durch das Unternehmen – eine Betrachtung aus aktuellem Anlass

Kann eine Aktiengesellschaft für ein Vorstandsmitglied eine gegen ihn verhängte Geldsanktion übernehmen? Ein heikles Thema, was sich daran zeigt, dass bis 1990 die Übernahme einer Geldstrafe oder -buße gegen ein Vorstandsmitglied durch die Gesellschaft als strafbare Vollstreckungsvereitelung gemäß § 258 Abs. 2 StGB angesehen wurde. Diese Betrachtung ist zwar mittlerweile durch die Rechtsprechung des BGH (7.11.1990 – 2 StR 439/90) überholt. Das Thema der Übernahme einer Geldsanktion ist jedoch weiter aktuell, wie der folgende Fall zeigt.

Entscheidung

BAG: Entgeltgleichheitsklage – Geschlecht – EntgTranspG

(21.1.2021 – 8 AZR 488/19 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Christian Ley, RA/FAArbR)

1721



Fortbildungszertifikat nach § 15 FAO

www.bb-selbststudium.de



Neuerscheinung Buch

Carina Stiglbauer

Arbeitgeberattraktivität: Die Rolle von Work-Life-Balance und flexiblen Arbeitszeitmodellen

1. Auflage 2021, Betriebs-Berater Schriftenreihe Arbeitsrecht 140 S., Broschur, € 49,-

ISBN: 978-3-8005-1786-2/Infos unter: shop.ruw.de/17862

Die Erste Seite

Markus Künzel, RA/FAArbR

Vom Star zum Auswechselspieler – Umfassende Änderungen des Befristungsrechts geplant

Veranstaltungsbericht

V–VII

BB-Fachkonferenz „Restrukturierung: SanInsFoG und StaRUG in der praktischen Umsetzung“ am 1.7.2021 in Frankfurt am Main

Impressum/Vorschau

VIII



Herausgeber:

Prof. Dr. Wolfgang Lücke, Leipzig
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting,
Köln
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt,
Hamburg

Gründungsherausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler,
Köln/Dresden

SanInsFoG: Hier alle
ZIP-Beiträge und
mehr online lesen!



Profitieren Sie von Ihrer
ONLINE-DATENBANK

Julia Redenius-Hövermann

Zur Frauenquote im Vorstand S. 1365

Tim Oliver Brandi/Simon Kiefer

Strengere Liquiditätsanforderungen
für Tauschangebote im Übernahmerecht S. 1382

EuGH, 3. 6. 2021

Entgeltgleichheit für Frauen und Männer
auch bei „gleichwertiger Arbeit“
(„Tesco Stores“) S. 1414

BGH, 8. 6. 2021

Klausel über Bearbeitungsentgelt für Be-
rechnung der Nichtabnahmeentschädigung
wirksam S. 1389

BGH, 4. 5. 2021

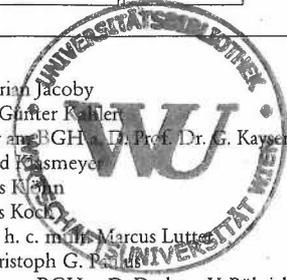
Beginn der fünfjährigen Nachhaftungsfrist
des Kommanditisten mit positiver Kenntnis
des Gesellschaftsgläubigers von dem Beschluss
über die Herabsetzung der Hafteinlage S. 1391

BGH, 29. 4. 2021

Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte
bei Einmalleistung aus einer die Ansprüche
aus einer Pensionszusage sichernden Kapital-
lebensversicherung S. 1403

OLG Frankfurt/M., 9. 2. 2021

Anspruch des Nachlassinsolvenzverwalters
auf Erteilung eines Europäischen Nachlass-
zeugnisses S. 1406



42. Jahrgang
Heft 27
9. Juli 2021

Herausgeber:
Prof. Dr. Wolfgang Lüke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Gründungsherausgeber:
RA Dr. Bruno M. Kübler

Herausgeberbeirat:
Prof. Dr. Holger Altmeyen
Prof. Dr. Christian Armbrüster
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Carsten Herresthal

Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Ginter Kahler
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Kasmeyer
Prof. Dr. Lars Köhler
Prof. Dr. Jens Koch
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Luttmann
Prof. Dr. Christoph G. Paul
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
Prof. Dr. Dirk A. Verse
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-Aktuell

EuGH zur Haftung von Online-Plattformen für Hochladen geschützter Werke durch Nutzer	A 51 Nr. 172
BGH: Rechtsprechungsänderung zur Kenntnis vom Gläubigerbenachteiligungsvorsatz	A 51 Nr. 173
BGH: Darlehens- und Fahrzeugkaufvertrag als verbundenes Geschäft auch bei Anschlussfinanzierung	A 51 Nr. 174
BAG: Mindestlohn für ausländische Pflegekräfte in Privathaushalten	A 51 Nr. 175
BAG: Ungültiger Stimmzettel für Aufsichtsratswahl mit „Smiley“	A 52 Nr. 176
OLG Schleswig zum Anspruch gegen Schufa auf Löschung der „Restschuldbefreiung“	A 52 Nr. 177
Neuregelung zur Insolvenzsicherung bei Pauschalreisen in Kraft ...	A 52 Nr. 178

Aufsätze

<i>Julia Redenius-Hövermann, Frankfurt/M.</i>	Zur Frauenquote im Vorstand	1365
<i>Tim Oliver Brandt Simon Kiefer, Frankfurt/M.</i>	Strengere Liquiditätsanforderungen für Tauschangebote im Übernahmerecht	1382

Zeitschrift und Online-Datenbank gehören zusammen!

Nutzen Sie Ihre Online-Vorteile und auch die Otto Schmidt Zeitschriften-App! Haben Sie **Fragen zu Ihren Zugangsdaten?** Haben Sie Ihren alten Zugang noch nicht verlängert? **Kundenservice Telefon: 0221/93738-997.**

SanInsFoG: Mit dem QR-Code auf dem Heft-Cover gelangen Sie direkt zur Beitragssammlung.

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

- BGH 8. 6. 2021 – XI ZR 356/20 + **Klausel über Bearbeitungsentgelt für Berechnung der Nichtabnahmeentschädigung wirksam** 1389

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

- BGH 4. 5. 2021 – II ZR 38/20 + **Beginn der fünfjährigen Nachhaftungsfrist des Kommanditisten mit positiver Kenntnis des Gesellschaftsgläubigers von dem Beschluss über die Herabsetzung der Hafteinlage** 1391
- OLG 9. 9. 2020 – 6 U 109/19
Karlsruhe Haftung des Geschäftsführers für nach Verletzung der Insolvenzantragspflicht im Vertrauen auf die Solvenz des Schuldners gemachte Aufwendungen 1396
- EuGH 10. 12. 2020 – Rs C-735/19 Staatshaftungsklage bei Verletzung der Rechte des Bieters aus Übernahme-RL im Rahmen eines Übernahmeangebotsverfahrens („Euromin Holdings (Cyprus)“) (LS) 1401

Vertrags- und Haftungsrecht

- BGH 9. 3. 2021 – VI ZR 13/20 Anrechnung von Nutzungsvorteilen auf Schadensersatzanspruch des Käufers eines Diesel-Pkw 1402
- BGH 22. 3. 2021 – AnwZ (Brfg) 2/20 + **Kein Anspruch von Rechtsanwälten gegen BRAK auf Verwendung einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für beA (LS)** 1402

Insolvenz- und Sanierungsrecht

- BGH 29. 4. 2021 – IX ZB 25/20 **Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte bei Einmalleistung aus einer die Ansprüche aus einer Pensionszusage sichernden Kapitallebensversicherung** 1403
- OLG 9. 2. 2021 – 21 W 151/20
Frankfurt/M. **Anspruch des Nachlassinsolvenzverwalters auf Erteilung eines Europäischen Nachlasszeugnisses** 1406
- FG 12. 3. 2021 – 14 K 3658/16
Düsseldorf Keine Haftung des vorläufigen Sachwalters einer GmbH im Schutzschirmverfahren für nicht abgeführte Lohnsteuern 1410

Arbeits- und Sozialrecht

- EuGH 3. 6. 2021 – Rs C-624/19 **Entgeltgleichheit für Frauen und Männer auch bei „gleichwertiger Arbeit“ („Tesco Stores“)** 1414

NZKart

Neue Zeitschrift für Kartellrecht



www.nzkart.de

Herausgegeben von
 Prof. Dr. Thomas Ackermann
 RA Prof. Dr. Albrecht Bach
 VorsRiBGH Dr. Klaus Bacher
 RA Prof. Dr. Rainer Bechtold
 Prof. Dr. Florian Bien
 RA Dr. Ingo Brinker
 Prof. Dr. Friedrich Wenzel Bulst
 RA Dr. Michael Esser
 MinRat Dr. Thorsten Käseberg
 VorsRiLG Dr. Gerhard Klumpe
 Prof. Dr. Torsten Körber
 VorsRiOLG Prof. Dr. Jürgen Kühnen
 RiEuG Johannes Laitenberger
 RA Dr. Thorsten Mäger
 VPräs. b. BKartA Prof. Dr. Konrad Ost
 Prof. Dr. Ulrich Schwalbe
 Prof. Dr. Heike Schweitzer
 RA Dr. Kathrin Westermann

Schriftleitung:
 RA Dr. Ulrich Soitzés

Aus dem Inhalt

<i>I. Brinker</i>	
Ein scharfes Schwert (Editorial)	377
<i>T. Körber</i>	
Legally imposed self-regulation, proportionality and the right to defence under the DMA – Part 1	379
<i>T. Bauermeister</i>	
Die Rs. Vantaan kaupunki/Skanska und Biogaran	385
<i>M. Dallmann/N. Valadkhani</i>	
Die neuen Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörden	391
<i>M. Nordmann</i>	
Neues zu DAWI-Beihilfen und Daseinsvorsorge	396
<i>F. Schmidt/F. C. Haus</i>	
Anmerkung zu BGH i.S. CTS Eventim/Four Artists	402
<i>J. Bayer/F. Rinnen/F. Wandschneider</i>	
Empirische Evidenz zu Preisaufschlägen deutscher Kartelle	407
<i>C. Wagner</i>	
Jäher Fall ins Wettbewerbsrecht	411
<i>EuGH</i>	
Urteil Autobatterie-Recycling-Kartell (Recylex)	415
<i>Bayerisches Oberstes Landesgericht</i>	
Örtliche Gerichtszuständigkeit beim LKW-Kartell	421
<i>EuGH</i>	
Schlussanträge optische Laufwerke-Kartell	423

Einsendungen an:
 einsendungen@NZKart.de



7/2021

S. 377–424 12. Juli 2021



Neue Zeitschrift für Kartellrecht



Schriftleitung: Rechtsanwalt *Dr. Ulrich Soltész*, Brüssel

Editorial

Ingo Brinker

Ein scharfes Schwert

377

Aufsätze

Torsten Körber

Lessons from the Hare and the Tortoise: Legally imposed self-regulation, proportionality and the right to defence under the DMA – Part 1

379

Tabea Bauermeister

Die Rs. Vantaan kaupunki/Skanska und Biogaran – Grundbausteine einer Sippenhaft?

385

Michael Dallmann/Nima Valadkhani

Die neuen Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörden

391

Matthias Nordmann

Neues zu DAWI-Beihilfen und Daseinsvorsorge – Was bedeuten italienische Fährdienste und ein litauisches LNG-Terminal für Überkompensation und angemessenen Gewinn?

396

Fabian Schmidt/Florian C. Haus

Bleibt alles anders bei § 36 Abs. 1 GWB? – zugleich Anmerkung zum Beschluss des BGH in Sachen CTS Eventim/Four Artists

402

Juliane Bayer/Fabian Rinnen/Frederick Wandschneider

Empirische Evidenz zu Preisaufschlägen deutscher Kartelle

407

Kurze Beiträge

Christian Wagner

Jäher Fall ins Wettbewerbsrecht

411

Berichte

Roman Kalin

13. Speyerer Kartellrechtsforum: Kartellrecht und Digitalökonomie

413

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 3. 6.2021 – C-563/19 P Zu den Kronzeugennachlässen * 415

Landgerichte (LG)

LG Berlin 27. 5.2021 – 16 O 241/17 Kart Zum Schadensersatz bei einer weltweiten komplexen Marktaufteilung 416

LG München I 1. 4.2021 – 37 O 19200/17 Zur Vertraulichkeit von Geschäftsdaten im Kartellschadensersatzprozess 419